

EINE WELT



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 4 / DEZEMBER 2018
Das DEZA-Magazin
für Entwicklung und
Zusammenarbeit

MENSCHENRECHTE UNTER DRUCK

BENIN

Junge Unternehmerinnen
und Unternehmer trotzen
widrigen Bedingungen

HILFE ODER BOYKOTT?

Schwierige Entwicklungs-
zusammenarbeit in
autoritär regierten Staaten

DOSSIER MENSCHENRECHTE



8

Eine humanitäre Errungenschaft wird in Frage gestellt

Die vor 70 Jahren eingeführten Menschenrechte stehen unter Druck – in Ländern des globalen Südens genauso wie in Europa

12

Keine technischen Antworten auf politische Probleme

Für die DEZA ist die Stärkung der Menschenrechte essenziell für jegliche Art von Entwicklungszusammenarbeit

15

«Das Morden ist hier auch einfach ein Zeitvertreib»

Interview mit María Soledad Pazo, die das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte in Honduras leitet

17

Mehr Respekt durch Justiz- und Gesundheitsreform

Auch 23 Jahre nach Kriegsende leiden in Bosnien und Herzegowina Minderheiten darunter, dass ihnen fundamentale Rechte vorenthalten bleiben

19

Facts & Figures

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen. Deshalb geben nicht alle Beiträge notwendigerweise den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

HORIZONTE BENIN



20

Junger Unternehmergeist in Benin

Trotz schwieriger Arbeitsmarktbedingungen setzen Junge mit viel Mut, Ideen und Eigeninitiative auf Selbstständigkeit

24

Aus dem Alltag von ...

Charles Araba, Personalverantwortlicher des Schweizer Kooperationsbüros in Benin, über Offenheit, Respekt und Toleranz seiner Landsleute

25

Jean der Verrückte – Jean der Kluge

Der Dozent, Berater, Journalist und Basketballfan Georges Amlon über seinen Lehrmeister

DEZA



26

Ein Lichtblick im harten Alltag

Seit fast dreissig Jahren unterstützt die Culture and Free Thought Association im Gazastreifen Kinder, Jugendliche und Frauen

29

Urbaner Gartenbau gegen den Hunger

In der Hauptstadt des Südsudans bekämpfen Familien Hunger und Geldknappheit mit eigenen Gärten – unterstützt werden sie dabei von der Schweiz und der Welternährungsorganisation

FORUM



32

Zwischen Hilfe und Boykott

Entwicklungszusammenarbeit in autoritär regierten Staaten ist ein Balanceakt

35

Die zwei Gesichter von Facebook

Über Chancen und Gefahren der sozialen Medien in Entwicklungsländern

37

Jeder Schritt ein Risiko

Carte blanche: Shahrbanoo Sadat über ihren Besuch bei der Afghan Film Organisation im Diplomaten-Quartier von Kabul, welches regelmässig bombardiert wird

KULTUR



38

Filmen mit bedecktem Kopf und wachem Geist

Irans Filmschaffen ist lebendiger denn je und innovativ wie an wenigen Orten der Welt

3 Editorial

4 Periskop

31 Einblick DEZA

41 Service

43 Fernsucht mit Ashley Moponda

43 Impressum

KEINE SICHERHEIT UND ENTWICKLUNG OHNE ACHTUNG DER MENSCHENRECHTE



© DEZA

Ein amerikanischer Kollege erzählte mir neulich von einem Gespräch, das er nach dem Irakkrieg mit einem ostasiatischen Diplomaten geführt hatte. Dabei ging es unter anderem um die Frage der Allgemeingültigkeit der Menschenrechte. Was ist denn da die Frage?, denken Sie vielleicht. An sich macht ja schon der Titel der vor 70 Jahren in Paris verabschiedeten «Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte» deutlich, dass diese eben für «alle Menschen überall» gelten. Im Englischen wird dieser Anspruch noch klarer: «*Universal Declaration of Human Rights*».

Trotzdem hat es in den letzten 70 Jahren immer wieder Regierungen gegeben, die auf entsprechende Kritik entgegneten, die Menschenrechte seien ein Konstrukt des auf Individualismus versessenen Westens und hätten für Gesellschaften, die das Wohl der Gemeinschaft über dasjenige des Einzelnen stellten, nur beschränkt Gültigkeit.

Zur Überraschung meines Kollegen räumte sein asiatischer Gesprächspartner jedoch freimütig ein, in seinem Land habe man an diese Relativierungsrhetorik selbst nie so richtig geglaubt. Tief im Innersten habe man gewusst, dass die Kritik am harschen Umgang der Staatsmacht mit Andersdenkenden berechtigt war. Doch spätestens mit den Foltergefängnissen im Irak, den gezielten Tötungen ohne Verfahren und anderen Aktionen «westlicher» Streit- und Sicherheitskräfte in krassem Widerspruch zu fundamentalen Menschenrechten habe sich diese Einsicht aber radikal geändert. Der Westen habe durch sein eigenes Verhalten nicht nur die Legitimation zur Kritik an anderen Staaten verloren. Die Bedeutung der Menschenrechte sei an sich in Frage gestellt worden.

Man kann sich über die Redlichkeit dieser Geisteshaltung streiten. Tatsache bleibt, dass gerade Länder, die sich im Lauf der Jahrzehnte immer wieder als Hüter der Menschenrechte darstellten, diesen Führungsanspruch heute weitgehend verloren haben («we have lost the moral high-ground», wie sich mein Kollege ausdrückte).

«Ohne Entwicklung gibt es keine Sicherheit, ohne Sicherheit gibt es keine Entwicklung, und es gibt weder das eine noch das andere ohne Achtung der Menschenrechte», hat der im August verstorbene, ehemalige UNO-Generalsekretär Kofi Annan einmal gesagt.

Aus derselben Erkenntnis heraus unterstützt die DEZA über 50 Projekte zur Stärkung der Menschenrechte in ihren Partnerländern. Im Vordergrund stehen die gute Regierungsführung, die Transparenz staatlicher Entscheide, die Rechtsstaatlichkeit sowie die Teilnahme aller Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Minderheiten und Frauen, an politischen und gesellschaftlichen Prozessen. In Albanien und Serbien sind es Projekte zum Schutz der Roma. In Tunesien, der Region der Grossen Seen Afrikas und in Tansania hilft die DEZA, die lokale Medienlandschaft professioneller und unabhängiger zu machen; Journalistinnen und Journalisten sollen ihre Verantwortung als kritisches Gegengewicht zur Staatsmacht noch besser wahrnehmen können. Bei persönlichen Begegnungen mit solchen Medienschaffenden, etwa im Süd-Kivu, war ich von deren Mut und Idealismus tief beeindruckt.

Währenddem der «Moral High-Ground» an gewissen Orten schrumpft, dehnt er sich an anderen Orten aus. Beides geschieht nicht von selbst. Beides ist umkehrbar.

Manuel Sager
Direktor der DEZA



Rajam Parajuli

VORTEILHAFTE TELEMEDIZIN

(bf) In vielen Teilen der Welt ist der Zugang zu einer Gesundheitsversorgung oft durch Geschlechterrollen und Normen beeinflusst: Insbesondere ist es für Frauen und Mädchen eine Herausforderung, zu einem Arzt zu gelangen oder für die Kosten der Behandlung aufzukommen. Eine Studie des Asian Institute of Technology in Bangkok zeigt auf, dass diese Hindernisse durch die sogenannte Telemedizin für die Betroffenen beträchtlich verringert werden. Die befragten Frauen und Mädchen im ländlichen Nepal gaben an, dass Gesundheitsdienstleistungen mittels Videokonferenzen oder Handys lange Reisen zu Krankenhäusern verringern, und dass Wege von weniger als einem Kilometer erforderlich waren, um via Videokonferenz behandelt zu werden. Bei Nutzerinnen von Handys fiel auch dieser Aufwand weg. Das ist für den Forschungsmitarbeiter Rajam Parajuli insofern von Bedeutung, als die befragten Frauen häufig nur schwer die notwendige Erlaubnis zu reisen erhalten. Zudem fiel es vielen Befragten leichter, via Telemedizin bei Themen wie Sexualität oder reproduktiver Gesundheit Unterstützung zu suchen.

APP GEGEN ARBEITSSKLAVEREI

(cz) Die britische Nichtregierungsorganisation Unseen setzt im Kampf gegen Menschenhandel und Arbeitssklaverei auf innovative Mittel. Mithilfe einer neu lancierten App sollen Zeichen von moderner Sklaverei identifiziert und Fälle rapportiert werden. Nutzer können sich auf ihrem Smartphone über verschiedene Branchen – von der Landwirtschaft bis zum Reinigungssektor – informieren und erhalten Hinweise darauf, wie sich Menschenhandel im spezifischen Kontext erkennen lässt. Mittels Anruf oder Online-Formular werden vertrauliche Hinweise entgegengenommen. «Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit ist entscheidend im Kampf gegen moderne Sklaverei», sagt Eric Anderson von der NGO Unseen. «Die App macht es einfacher denn je, die Leute einzubeziehen.» Unseen hat bereits in der Vergangenheit mit einer «Modern Day Slavery Helpline» für Schlagzeilen gesorgt. Fast 3000 Anrufe wurden von ihr in der ersten Hälfte 2018 entgegengenommen.

HÄRTETEST FÜR PANDEMIE-FONDS

(cz) Fast zwei Jahre dauerte die Ebola-Epidemie, die 2014 in Westafrika ausbrach. Mehr als 10 000 Menschen starben – die internationale Reaktion wurde als zu langsam und unzureichend kritisiert. Um eine Wiederholung zu verhindern, hat die Weltbankgruppe in Partnerschaft mit Japan, Deutschland, der Weltgesundheitsorganisation und Partnern aus dem Privatsektor 2017 die Pandemic Emergency Financing Facility (PEF) ins Leben gerufen. Mithilfe dieses innovativen Finanzierungsmechanismus soll weltweit schnell auf Pandemien reagiert werden können. Nun kam es im Mai dieses Jahres zum Härtestest: Im Rahmen des mittlerweile eingedämmten Ebola-Ausbruchs im Kongo wurde erstmals eine Zahlung aus der PEF bewilligt. Einen Tag nachdem die kongolesische Regierung ihren Notfallplan publiziert hatte, sprach die PEF einen Unterstützungsbeitrag von 11,4 Millionen Dollar.

VASEKTOMIE ZUR GEBURTENKONTROLLE

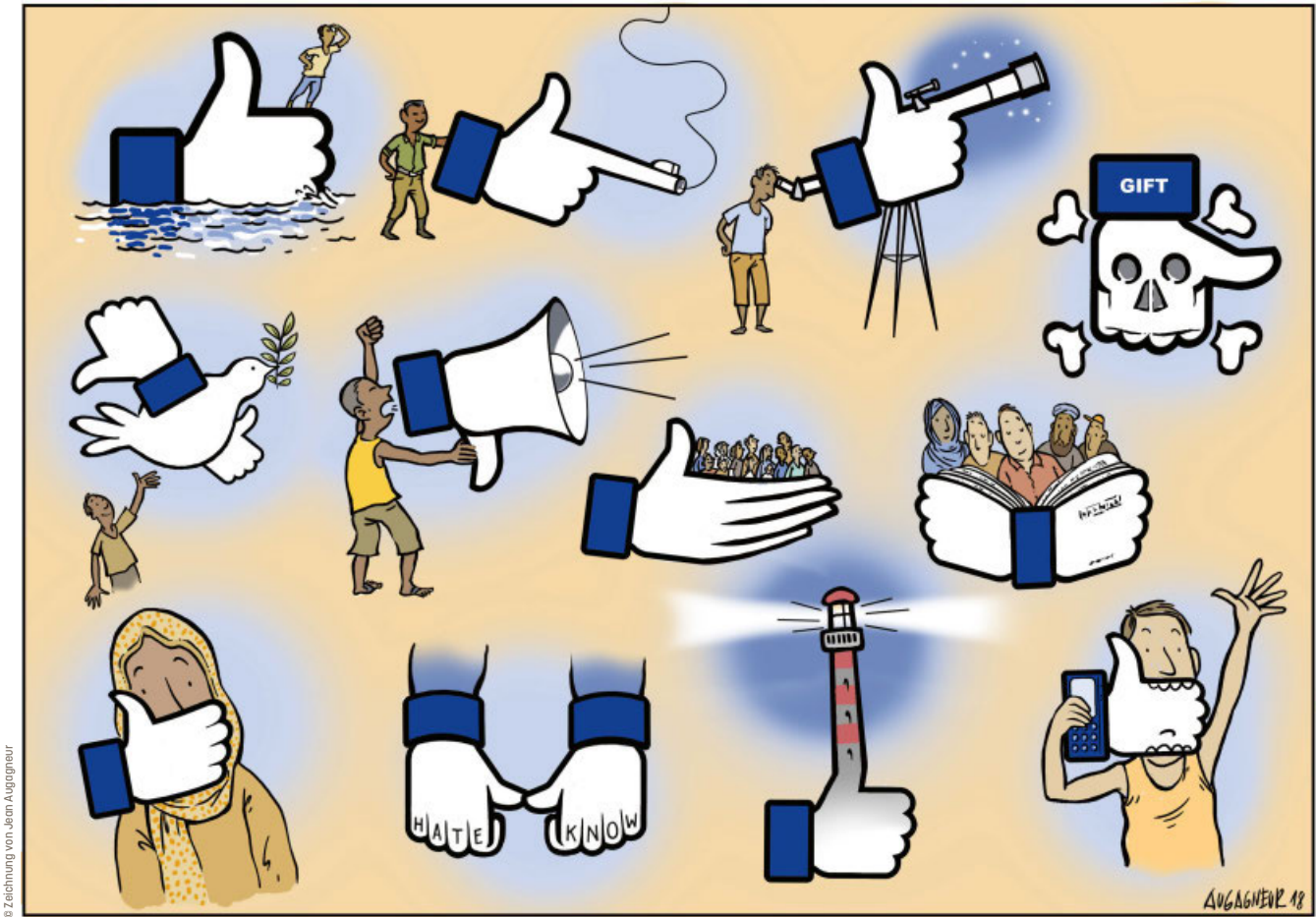


unfpa.org

(zs) Auf Haiti haben viele Familien Mühe, ihre Kinder zu ernähren. Damit Paare ihre Familienplanung besser steuern können, hat ein vom Verein zur Förderung der haitianischen Familie geführte und vom UNO-Bevölkerungsfonds (UNFPA) unterstützte Gesundheitszentrum eine Kampagne zur Förderung der Vasektomie als Verhütungsform lanciert. Witzige Radio- und Fernsehspots machen darauf aufmerksam, dass der Eingriff weniger lang als ein Stau in Canapé Vert, einem Vorort im Osten von Port-au-Prince, dauert, nämlich gerade mal eine Viertelstunde. Ein Skalpell kommt dabei nicht zum Einsatz und auf die Erektion hat er keinen Einfluss, versichert ein Arzt. Das Resultat: Das Interesse der Männer steigt, auch weil viele Frauen keinen Zugang zu Verhütungsmitteln haben. Bereits haben die Chirurgen rund hundert Eingriffe vorgenommen.

MAIS STATT REIS

(zs) Die Reisproduktion erfordert einerseits viel Wasser, andererseits ist der Nährwert der Pflanze begrenzt. Um den Hunger und Dürrestress in Indien einzudämmen,



empfehlen Fachleute aus diesem Grund den Anbau von Mais, Hirse, Perlhirse und Sorghum. Laut einer in «Science Advances» publizierten Studie sind deren Ertrag und Nährwert höher als jener von Reis oder Weizen. Damit liesse sich der Wasserbedarf um ein Drittel senken und gleichzeitig der Eisen- und Zinkgehalt stark erhöhen. Die vier empfohlenen Getreidesorten gehören zur traditionellen indischen Ernährung, wurden aber von der massiven staatlichen Förderung des Reis- und Weizenanbaus an den Rand gedrängt. Doch Getreide mit höherem Nährwert anzubauen, ist ein Gebot der Stunde: Das Land mit der weltweit zweitgrössten Bevölkerung muss bis 2050 rund 400 Millionen Menschen zusätzlich ernähren können.

SCHWEIZER DROHNEN VERMESSEN TANSANIA

(bf) Für die Küstengebiete Tansanias und namentlich seine Insel Sansibar ist die Klimaerwärmung eine tägliche Bedrohung. Nun hat das Land von der Lausanner Firma SenseFly Dutzende von Minidrohnen erworben, um sein Staatsgebiet zu kartieren und mit den erhobenen Geodaten gleichzeitig Antworten auf die demografischen und klimatischen Herausforderungen zu finden. Die Zanzibar Mapping Initiative ist das ehrgeizigste Drohnenvermessungsprojekt weltweit. Die Initiative wurde 2016 in Partnerschaft mit der



© Darrough Coward/World Bank

Weltbank, der Zanzibar Land Commission und der staatlichen Universität ins Leben gerufen. Das Projekt unter der Leitung von 17 Raumfahrttechnologie-Studierenden setzt Minidrohnen ein, um kleine Aufnahmebereiche von 85 Quadratkilometern zu kartieren. Die mit Hilfe der Drohnen erhobenen Geodaten werden frei zugänglich im Internet publiziert und insbesondere für die Raumplanung genutzt werden, deren ungenügende Datenlage in der Vergangenheit immer wieder Ursache vieler Landkonflikte war.





DOSSIER

MENSCHENRECHTE

EINE HUMANITÄRE ERRUNGENSCHAFT WIRD IN FRAGE GESTELLT SEITE 8

KEINE TECHNISCHEN ANTWORTEN AUF POLITISCHE PROBLEME SEITE 12

«DAS MORDEN IST HIER AUCH EINFACH ZEITVERTREIB» SEITE 15

MEHR RESPEKT DURCH JUSTIZ- UND GESUNDHEITSREFORM SEITE 17

FACTS & FIGURES SEITE 19

EINE HUMANITÄRE ERRUNGENSCHAFT WIRD IN FRAGE GESTELLT

Vor 70 Jahren, nach den Gräueln des Zweiten Weltkriegs, raufte sich die internationale Gemeinschaft zusammen und verabschiedete die «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte». Sie ist Grundlage eines heute vielfältig ausgestalteten internationalen Systems für den Schutz von Menschenrechten. Doch diese werden zunehmend in Frage gestellt - in Ländern des globalen Südens genauso wie in Europa.

Text: Samuel Schläfli

Mohammad Musa Mahmodi kann viel darüber erzählen, was es bedeutet in einem Land zu leben, in dem Menschenrechte von allen Konfliktparteien systematisch verletzt werden. Obschon sie 2008 in die Verfassung Afghanistans aufgenommen worden sind. Und obschon Afghanistan bis 2020 Mitglied des UNO-Menschenrechtsrats ist. Bei einem Skype-Gespräch mit dem Leiter der «Afghanistan Independent Human Rights Commission» (AIHRC) Ende Juli, erzählt Mahmodi aus Kabul von aktuellen Ereignissen: Am Vortag unseres Gesprächs sind bei einem Bombenanschlag 14 Zivilisten getötet worden. «Ohne jeglichen Grund! Einfach nur, weil sie in einem Gebiet leben, das von Taliban und IS-Kämpfern kontrolliert wird.»

Als Vergeltung gegen Regierungsent-scheide, und um die Bevölkerung zu erpressen, haben die Taliban in den letzten Monaten Dutzende von Schulen und Spitälern geschlossen. Das fundamentale Menschenrecht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person wird in Afghanistan nicht nur durch die Taliban und den IS, sondern genauso von marodierenden Splittergruppen,

Drohnenangriffen sowie korrupten Regierungsbehörden täglich verletzt. «Das Schlimmste bei meiner Arbeit ist, in die Augen sehr mächtiger Menschen schauen zu müssen, von denen ich genau weiss, dass sie die Menschenrechte systematisch verletzen», sagt Mahmodi. «Vor allem, wenn man daneben sehr schwach und klein ist.»

Eingeschränkte Souveränität zugunsten der Humanität

Am 7. Dezember 1948 präsentierte Eleanor Roosevelt, die Witwe des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, an einer Pressekonferenz in Paris die «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» (AEMR). Drei Tage später wurde sie von der UNO-Generalversammlung verabschiedet. Die Erklärung hielt erstmals grundsätzliche zivile, politische, ökonomische, soziale und kulturelle Rechte jedes Individuums in 30 Artikeln fest. Die UNO-Mitgliedstaaten verpflichteten sich, «die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen».



Nach einem halben Jahrhundert Krieg, Zerstörung und grauenhafter Genozide, war die AEMR ein Meilenstein im gemeinsamen Bestreben nach einer friedlicheren Zukunft. Die Mitglieder der drei Jahre zuvor geschaffenen UNO anerkannten, dass die Souveränität von Staaten, im Falle der Nichtrespektierung von fundamentalen Rechten des Menschen, Grenzen hat.

Ein Mangel begleitet die AEMR jedoch seit ihrer Ausrufung. Sie war von Beginn an nicht rechtlich verbindlich und genauso wenig waren es die Beschlüsse der damit verbundenen Institutionen, allen voran des Hochkommissariats für Menschenrechte (UNHCHR) und des Menschenrechtsrats (MRR, siehe Kasten). Sanktionen, Ausschlüsse und Interventionen können lediglich durch den UNO-Sicherheitsrat und im Ein-

verständnis seiner fünf ständigen Mitglieder beschlossen werden. Die später geschaffenen völkerrechtlich verbindlichen Menschenrechtskonventionen besitzen zwar Sanktionsmechanismen, aber die Verfahren sind häufig weit weg von den Betroffenen. Insofern war von Anfang an klar, dass die Respektierung der Menschenrechte stets wieder von Neuem erkämpft und gesichert werden muss – von Diplomaten in den UNO-Gremien, von Politikern, Menschenrechtsaktivisten und Anwälten wie Mahmodi.

Akut gefährdet in über 50 Staaten

Aktuell ist jedoch ein lange Zeit undenkbarer Trend erkennbar: 70 Jahre nach Verabschiedung der AEMR werden die Menschenrechte immer häufiger

von Regierungen in Frage gestellt. Die NGO «Freedom House» mit Sitz in Washington D.C. bewertet, basierend auf der AEMR, jährlich die 195 UNO-Mitgliedstaaten in Bezug auf individuelle Rechte und Freiheiten ihrer Bürgerinnen und Bürger. Ihr Befund: Die globale Situation verschlechtert sich seit zehn Jahren. Nicht nur in instabilen Staaten wie Afghanistan, sondern auch in Europa: Polen, Ungarn und die Türkei,

Obwohl sich 162 Staaten völkerrechtlich verpflichtet haben, das Menschenrecht auf Nahrung zu achten, zu schützen und zu gewährleisten, hungern mehr als 800 Millionen Menschen – viele davon, weil sie keinen Zugang zu Land und Wasser haben.

© Robin Hammond / NOOR / laif



die einst erfolgreich einen Transitionsprozess starteten und demokratische Systeme aufbauten, haben in der letzten Dekade Repressionen gegen Minderheiten, Oppositionelle und Journalisten stetig ausgebaut. Der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte wies vergangenen März vor dem MRR in Genf darauf hin, dass die Menschenrechte gegenwärtig in über 50 Ländern akut bedroht sind und zunehmend missachtet würden. Verantwortlich dafür sind oftmals Regierungen, die sich der AEMR und zusätzlichen Menschenrechtsverträgen nicht mehr verpflichtet fühlen – meist aufgrund innenpolitischer Präferenzen und geostrategischen Interessen.

Céline Barmet, wissenschaftliche Assistentin am «Center for Security Studies» der ETH Zürich, publizierte diesen Juni eine Analyse zu den aktuellen Herausforderungen der Menschenrechte. «Allgemein lässt sich feststellen, dass die globale Umsetzung der Menschenrechte nach wie vor ungenügend ist

und oftmals wirtschaftlichen, geostrategischen und machtpolitischen Interessen zum Opfer fällt», sagt sie. Das habe auch damit zu tun, dass das westlich-demokratische Modell, das auf dem Konzept der Universalität, der Unteilbarkeit und der Interdependenz der Menschenrechte sowie auf fest verankerten individuellen Rechten und Freiheiten basiert, immer mehr unter Druck gerate. «Wachsende Intoleranz, verstärkter gewalttätiger und religiöser Extremismus, ökonomische Ungleichheit, die Auswirkungen des Klimawandels und die mit all diesen Faktoren verbundenen Migrationsbewegungen stellen die Menschenrechte derzeit vor grosse Herausforderungen.»

Vertreibungen und humanitäre Katastrophen

Die vergangenen zwei Jahre waren diesbezüglich besonders ernüchternd. Seit 2017 schaut die Weltgemeinde einer Massenvertreibung in der bur-

Syrische Flüchtlinge beim Gebet in einem UNO-Flüchtlingscamp in Griechenland: Jeder Mensch hat das Recht, die persönliche individuelle Glaubensüberzeugung in Form einer Religion oder Weltanschauung frei und öffentlich auszuüben.

© Murat Tueremis/Stern/laif

Geflüchtete Rohingya in Bangladesch: Seit vielen Jahren werden dieser muslimischen Minderheit Myanmars vom Staat praktisch sämtliche Menschenrechte abgesprochen – darunter die Staatsangehörigkeit und der Zugang zum Gesundheitswesen.

© Adam Dean/NYT/Redux/laif





mesischen Provinz Rakhine zu (laut Amnesty International handelt es sich um «ethnische Säuberung»). Dort werden den Rohingya, einer muslimischen Minderheit Myanmars, vom Staat seit vielen Jahren praktisch sämtliche Menschenrechte abgesprochen – darunter die Staatsangehörigkeit und der Zugang zum Gesundheitswesen. Über 655 000 Menschen flohen über die Grenze nach Bangladesch.

Weitere aktuelle Beispiele von krassen Verstößen gegen Menschenrechte sind einfach zu finden: die humanitären Katastrophen in Jemen, Südsudan oder Syrien. Dort leidet die zivile Bevölkerung Hunger, hat keinen Zugang zum Gesundheitswesen, zu Wasser und Bildung. Wohnraum und Eigentum werden zerstört, und an verantwortungsvolle Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit oder den Zugang zur Justiz ist gar nicht zu denken.

Angekratzte Glaubwürdigkeit der UNO

Auch in der sogenannten westlichen Welt ist die Respektierung von Menschenrechten, darunter das Recht auf Asyl bei Verfolgung und das Recht auf persönliche Entwicklung, mittlerweile stark umstritten. Beim Versuch das Mittelmeer zu überqueren starben 2017 laut Internationaler Organisation für Migration (IOM) 6123 Menschen. Das ist nicht nur eine humanitäre Tragödie, sondern auch eine Krise der AEMR. In den USA wiederum – ein Staat, der seine geopolitischen Ambitionen in der Vergangenheit auch mit der globalen Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten rechtfertigte – werden Migrantinnen aus Lateinamerika an der Grenze von ihren Kindern getrennt.

Die Krise der AEMR hat aber auch UNO-interne Gründe: Laut Freedom

DER UNO-MENSCHENRECHTSRAT (MRR)

Der MRR ist das primäre UNO-Forum in Menschenrechtsangelegenheiten. Er prüft sämtliche UNO-Staaten auf ihre Menschenrechtslage, leistet wichtige Aufklärungsarbeit, schafft internationale Menschenrechtsstandards und fördert deren Durchsetzung durch Dialog, Kapazitätsaufbau und technische Unterstützung. Ein wichtiges Werkzeug des MRR ist die «Universelle regelmäßige Überprüfung» (UPR). Alle UNO-Mitgliedstaaten werden in diesem Rahmen auf ihre staatliche Menschenrechtslage überprüft und erhalten durchschnittlich 180 Empfehlungen für Verbesserungen. Als Grundlage für die Inspektion dienen die UNO-Charta, die AEMR, freiwillige Zusagen sowie alle Menschenrechtsverträge, die ein Staat unterzeichnet hat. Die Empfehlungen sind rechtlich nicht bindend. Insofern hängt die Effektivität der UPR vom Willen des überprüften Staates ab.

DER MENSCHENRECHTSANSATZ DER DEZA KEINE TECHNISCHE ANTWORTEN AUF POLITISCHE PROBLEME

(sch) Inanna Göbel-Bösch sagt es so: «Es bringt nichts, Brunnen zu bauen, wenn sich die Menschen nicht auf die Strasse trauen.» Laut der Programmverantwortlichen des DEZA-Kompetenzzentrums «Konfliktprävention und Menschenrechte» ist die Stärkung der Menschenrechte essenziell für jegliche Art von Entwicklungszusammenarbeit. Dieses Grundverständnis ist im «Menschenrechtsansatz» der DEZA festgehalten. Dieser übersetzt Entwicklungsbedürfnisse in menschenrechtsbasierte Ansprüche. Der Mensch und seine Rechte stehen dabei im Zentrum. «Ausgangspunkt des Menschenrechtsansatzes sind die rechtlich verbindlichen internationalen Kern-Menschenrechtsabkommen», sagt Göbel-Bösch. «Es geht darum, staatliche und private Akteure dabei zu unterstützen, ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen umzusetzen. Gleichzeitig werden diskriminierte Gruppen unterstützt, ihre Rechte zu kennen und diese einzufordern.»

Ein funktionierendes Rechtssystem inklusive Zugang für alle zu einer fairen, transparenten Justiz sind zentral für das Leben jedes Einzelnen in Würde und Sicherheit. Dementsprechend unterstützt die DEZA ihre Partnerländer beim Aufbau von funktionierenden Justizsystemen. Sie arbeitet vor allem in drei Bereichen: die Unterstützung von Justizreformen, die Entwicklung neuer Gesetzgebungen und der erleichterte Zugang zum Justizsystem. In Bolivien zum Beispiel hat sie mitgeholfen, die in der Verfassung verbrieften Rechte für Indigene und Frauen in konkrete Gesetzgebungen zu übertragen (siehe Kasten). In Pakistan wird die Beteiligung von Frauen im Parlament der Provinz Khyber Pakhtunkhwa

gefördert, damit sie die Gesetzgebung gleich in die eigenen Hände nehmen können. In Tadschikistan wiederum baut die DEZA ein Netzwerk von kostenloser Rechtsberatung auf, mit dem der Zugang zur Justiz nachhaltig gestärkt werden soll.

Stärkung von Schlüsselakteuren

Weiter unterstützt die Schweiz nationale Menschenrechtsinfrastrukturen und multilaterale Menschenrechtsorganisationen wie die «Afghanistan Independent Human Rights Commission» (AIHRC) (siehe Haupttext). In Afghanistan finanziert sie ein vom UNDP implementiertes Projekt mit, das die Gerichtsinstitutionen bei der Durchsetzung von in der Verfassung festgeschriebenen Menschenrechten unterstützt. In Honduras war die Schweiz massgeblich daran beteiligt, dass ein Landesbüro des Hochkommissariats für Menschenrechte (siehe Interview) eröffnet wurde.

«Die Schweiz hat bezüglich der Förderung von Menschenrechten einen sehr guten Ruf», ist Göbel-Bösch überzeugt. «Sie hat langjährige Expertise, einen guten Leistungsausweis und geniesst viel Glaubwürdigkeit bei den Partnerländern. Dies bildet eine gute Basis, um mit diesen gemeinsam die Menschenrechte zu fördern.» Das gelte besonders für fragile Staaten, in welchen sich die DEZA laut «Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit 2017-20» des Bundes in Zukunft stärker einsetzen soll. ■

ENGAGEMENT FÜR INDIGENEN- UND FRAUENRECHTE IN BOLIVIEN

In Bolivien wurden die in der neuen Verfassung von 2009 verbrieften Rechte für Indigene und Frauen mit Hilfe der DEZA in konkrete Gesetzgebungen übertragen. Dazu gehörte unter anderem der Aufbau eines Netzwerkes von Instruktoressen, um die Polizeikräfte im Land auf Menschenrechtsthemen hin zu sensibilisieren. An dieses Engagement schliesst sich das Projekt «Ein Leben ohne Gewalt» an: Im Zusammenhang mit einem neuen Gesetz, das die bolivianischen Behörden 2013 zum Schutz der Frauen erlassen haben, soll eine umfassende Reform der Betreuung gewaltbetroffener Frauen angestossen werden. Bis 2020 sollen 2000 nationale Polizei- und Justizbeamte, Pflegepersonen sowie die Verantwortlichen von vier Regionen und 80 städtischen und ländlichen Gemeinden auf das Thema Frauenrechte hin ausgebildet und sensibilisiert werden. Zugleich werden zehn Aufnahmezentren aufgebaut, in welchen gewaltbetroffene Frauen Schutz finden.



House sind 26 von 47 der diesjährigen Mitgliedsländer des Menschenrechtsrats (MRR) nur teilweise oder nicht frei. Afghanistan, Ägypten und China zum Beispiel gehören dazu. Diese Staaten haben kein Interesse daran, dass die Situation im eigenen Land analysiert und Verfehlungen kritisiert werden. Das kratzt an der Glaubwürdigkeit des wichtigsten internationalen Gremiums zur Durchsetzung der AEMR. Und es macht es populistischen Regierungen einfach, den Rat wegen mangelnder Effizienz zu kritisieren. So geschehen im Fall der USA. Am 19. Juni verkündete die UNO-Botschafterin Nikki Haley den Rückzug der USA aus dem MRR, angeblich wegen einer israelfeindlichen Haltung und weil er unmenschliche Regimes schütze.

«Der Austritt der USA ist ein Affront gegenüber internationalen Menschenrechtsbemühungen», sagt Barmet. «Die USA hatten nicht nur die UNO massgeb-

lich mitgegründet, sondern haben das westlich-demokratische Gesellschaftsmodell, das auf Menschenrechten basiert, historisch geprägt.» Der Austritt ist nicht nur wegen seiner Symbolik bedeutend. Er könnte auch die Machtverhältnisse im MRR nachhaltig verändern. «China hat im Rat bereits eine zunehmend aktive Rolle übernommen», erzählt Barmet. «Das ist insofern

Protestmarsch im Juni 2016 in Santiago de Chile: Laut UNO ist die Gewalt gegen Frauen eines der am meisten verletzten Menschenrechte.

© Juan Carlos Caceres/Archivolatino/laif

DIE SCHWEIZ: GLOBALES ZENTRUM FÜR MENSCHENRECHTE

Das Engagement des Bundes für die Achtung von Menschenrechten ist Bestandteil der Aussenpolitik und in der Bundesverfassung als solcher definiert (vgl. BV Art. 54). Die Schweiz war 2006 an der Gründung des UNO-Menschenrechtsrats massgeblich beteiligt. Sie ist seit 2016 noch bis Ende Jahr zum dritten Mal Mitglied. Genf ist Gaststadt des Menschenrechtsrates (MRR) und des Hochkommissariats für Menschenrechte (UNHCHR) sowie Depositarstaat der Genfer Konventionen (als Teil des humanitären Völkerrechts). Deshalb wird die Stadt oft als globales Zentrum für Menschenrechte bezeichnet. Die Schweiz strebt derzeit den Status als nichtpermanentes Mitglied des Sicherheitsrates in New York in den Jahren 2023/24 an. In dieser Position könnte sie sich noch aktiver für die Einhaltung der AEMR einsetzen.



problematisch, als nach chinesischer Auffassung das Recht auf Entwicklung gegenüber anderen unveräusserlichen Menschenrechten Vorrang erhält.»

Das zunehmende Desengagement von Staaten hinsichtlich ihrer Verpflichtungen im Rahmen der AEMR, beschäftigt auch Mohammad Musa Mahmodi. «Die Durchsetzung der Menschenrechte ist eine geteilte, internationale Verantwortung», ist der Anwalt überzeugt. Besonders in Afghanistan, mit seiner Geschichte der Besetzungen durch fremde Mächte. Zudem liege ein gemeinsames Engagement auch im Interesse der internationalen Gemeinschaft: «Wenn unser Land komplett in die Hände der Taliban fällt, könnte es zum Hort des internationalen Terrorismus' werden. Abgesehen davon, dass noch mehr Afghanen das Land Richtung Europa verlassen würden.»

Mahmodi war selbst schon mehrmals in der Schweiz, unter anderem auf Einladung der DEZA in Bern. Die Schweiz sei

für ihn ein Ort der grenzenlosen Ruhe – «das Land des Friedens schlechthin». Dass im Land des absoluten Friedens im November 2018 über eine allfällige Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention abgestimmt wurde, zeigt indes, dass auch hier die Selbstverständlichkeit der Unterordnung von staatlichen und politischen Interessen unter die 30 Artikel der AEMR zunehmend zur Disposition gestellt wird. ■

Die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) schätzt, dass weltweit noch immer 263 Millionen Kinder und Jugendliche nicht zur Schule gehen und ihnen damit das Menschenrecht auf Bildung vorenthalten wird.

© Jean-Pierre De Mann/robertharding/laif

MENSCHENRECHTSSITUATION IN DER SCHWEIZ

Nach 2008 und 2012 wurde die Schweiz 2017 zum dritten Mal einer «Universellen Regelmässigen Überprüfung» (UPR) des MRR unterzogen. Dabei erhielt sie von 111 UNO-Mitgliedstaaten 251 spezifische Empfehlungen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation. Folgende Themen standen im Vordergrund: die Schaffung einer unabhängigen nationalen Menschenrechtsinstitution, verstärkter Diskriminierungsschutz im Bereich Rassismus, Migration, Asyl, Geschlechtergleichstellung sowie LGBT (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender) und die Vereinbarkeit des Initiativrechts mit den menschenrechtlichen Verpflichtungen. Von diesen 251 Empfehlungen nahm die Schweiz 160 an und lehnte 91 ab.

«DAS MORDEN IST HIER AUCH EINFACH EIN ZEITVERTREIB»

María Soledad Pazo leitet das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte in Honduras. Sie erlebt täglich hautnah, was es bedeutet, für Menschenrechte in einem Land einzustehen, das eine der höchsten Mordraten der Welt aufweist. Interview: Samuel Schläfli.

Frau Pazo, können Sie uns einen kurzen Überblick über die aktuelle Lage in Honduras geben und den Kontext, in dem Sie arbeiten?

Durch die nationalen Wahlen vom November 2017 und die darauffolgende politische Krise ist die Legitimität des Staates sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Regierung rief damals den Ausnahmezustand aus, es kam zu willkürlichen Verhaftungen von friedlichen Demonstranten und die Polizei setzte massiv Gewalt gegen Gefangene ein. Viele erlitten Verletzungen, bis hin zu bleibenden Schäden. Wir haben 22 Tötungen infolge übermässiger Gewaltanwendung der Militärpolizei dokumentiert. Sie müssen unbedingt verfolgt werden. Die Situation im Land ist seither sehr instabil. Diesen Sommer fand ein nationaler Streik des öffentlichen Verkehrs statt, weil die Regierung die Benzinpreise angehoben hat. Es kam wiederum zu exzessivem Einsatz von Gewalt und Tränengas.

MARIA SOLEDAD PAZO ist in Argentinien aufgewachsen, hat dort und in München Völkerrecht studiert und war in unterschiedlichen Funktionen für die UNO in Genf, Sierra Leone, Sambia, Afghanistan sowie im Kosovo und Irak tätig. Aktuell leitet sie das 18-köpfige UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte in Honduras, das 2015 mit Unterstützung der Schweiz eingerichtet wurde.

Welche strukturellen Probleme liegen hinter den aktuellen Wirren in Honduras?

Es sind mehrere Faktoren, welche die soziale Stabilität in diesem Land unterlaufen: darunter die Exklusion und Marginalisierung von indigenen und armen Menschen, der fehlende Zugang zur Justiz und die endemische Korruption. Die Armut hier wächst rapide – heute betrifft sie über 65 Prozent der Bevölkerung, 38 Prozent leben sogar in extremer Armut. Eines der Hauptprobleme ist, dass zwischen den Menschen in

Honduras kein Vertrauen mehr besteht – das hindert sämtliche Entwicklung.

Wie erklären Sie sich die enorme Gewalt?

Wenn die staatlichen Institutionen sehr schwach sind, dann tendieren die Menschen dazu, die Dinge in ihre eigenen Hände zu nehmen. Das treibt die Gewaltspirale an. Wenn junge Männer keine Arbeit finden und keine Perspektiven haben, schliessen sie sich kriminellen Gruppierungen an. Das Morden zwischen verfeindeten Gangs ist hier in



Honduras leider auch einfach ein Zeitvertreib.

Wer leidet am meisten unter Menschenrechtsverletzungen?

Einerseits die zahlreichen ethnischen Minderheiten, die etwa zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen. Andererseits vor allem die Frauen. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres dokumentierten wir 120 Fälle von Frauenmorden. Die Gewalt gegen Frauen reicht von öffentlicher Blossstellung und Erniedrigung über häusliche Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz bis hin zu Vergewaltigungen und Mord.

Wie schwierig ist es, in Honduras Menschenrechtsverletzungen vor Gericht zu bringen?

Eines der grössten Probleme sind sogenannte Straflosigkeitspakte. Viele Verbrecher werden von der Staatsanwaltschaft gedeckt. Sie hat eine absolute

Schlüsselrolle und bestimmt weitgehend, wer für Verbrechen verantwortlich gemacht wird. Um an diese Positionen zu gelangen, braucht man die Unterstützung des Kongresses und insofern auch der politischen Parteien. Da die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen oft das zentrale Nervensystem in Machtstrukturen berührt, ist es sehr schwierig, dafür politische Unterstützung zu finden.

Was unternimmt das Hochkommissariat dagegen?

Um das klarzustellen: Wir bringen keine Fälle vor Gericht, das liegt nicht in unserem Mandat. Aber wir arbeiten eng mit Organisationen zusammen, die dies tun und bieten ihnen technische Unterstützung. Unsere Hauptaufgaben sind die Verfahren zu beobachten und zu begleiten, bei den zuständigen Behörden nachzuhaken und Menschenrechtsverletzungen zu dokumen-

tieren. Unser primäres Ziel ist es, Unterstützung zu bieten, damit Verbrechen gegen die Menschenrechte belangbar gemacht werden können.

Die Schweiz war massgeblich am Aufbau des Hochkommissariats beteiligt. Welche Rolle spielt sie bis heute in Ihrer Arbeit?

Sie unterstützt uns moralisch, politisch sowie mit eigenen Analysen und Informationen. Mich hat beeindruckt, wie sich die Schweiz in den ärmsten und gewalttätigsten Gebieten von Honduras engagiert. Zum Beispiel in La Mosquitia im Osten, wo es praktisch keine funktionierenden Institutionen mehr gibt, weil das Gebiet vom Staat aufgegeben wurde. Die frühere Leiterin des dortigen DEZA-Büros hat sich stark dafür eingesetzt, die vielen indigenen Gruppen in der Region zu stärken. Weil die Schweiz mit einer eigenen Vertretung vor Ort ist, gehört sie zu denjenigen Partnern, welche die Komplexität der Konflikte verstehen. Dafür braucht es lokales Wissen und eine gewisse Sensibilität.

Erkennen Sie trotz der politischen Wirren und der desolaten sozialen Situation auch hoffnungsvolle Zeichen in Ihrem Gastland?

Auf jeden Fall. Heute gibt es in Honduras ein Ministerium für Menschenrechte und wir haben begonnen, sehr eng mit diesem zusammenzuarbeiten. Wir spüren dort eine gewisse Offenheit; die Verantwortlichen sind bereit, uns zuzuhören. Darauf müssen wir bauen.

Woher nehmen Sie die Kraft, sich nicht entmutigen zu lassen?

Als Menschenrechtsaktivistin darf man die Hoffnung nie aufgeben. Dafür ist die Unterstützung entscheidend, die wir durch die honduranische Bevölkerung erhalten. Sie wirkt wie Vitamin auf mich und gibt mir Kraft weiterzufahren. ■

Trauriger Alltag in Honduras:
das Morden zwischen
verfeindeten Gangs.

© Rafael Ochoa/GAMMA-RAPHO/laif



MEHR RESPEKT DURCH JUSTIZ- UND GESUNDHEITSREFORM

Seit Kriegsende befindet sich Bosnien und Herzegowina im Übergang zu einem demokratischen Staat. Doch besonders Minderheiten leiden bis heute oft darunter, dass ihnen fundamentale Rechte vorenthalten werden.



(sch) 2007 kamen die Autoren des «Nationalen Berichts über die menschliche Entwicklung» des UNDP zum Schluss, dass 50 Prozent der Bevölkerung Bosniens und Herzegowinas von sozialen Leistungen des Staates ausgeschlossen sind. Besonders von Ausgrenzung betroffen waren die Minderheiten, allen voran die Roma. 27 Jahre nach dem Zerfall Jugoslawiens und 23 Jahre nach dem Vertrag von Dayton, ist der Staat, der mittelfristig einen Beitritt zur EU anstrebt, noch immer weit von einer vollständig funktionsfähigen Demokratie entfernt.

Mangelndes Vertrauen in die Justiz

2003 initiierte das Land eine grosse Justizreform. Die Schweiz (siehe Kasten) half der Regierung dabei, die wichtigsten Lücken im bestehenden System zu identifizieren und das Justizsystem zu reformieren sowie an internationale Menschenrechtsbestimmungen anzugleichen. «Wir haben in den letzten Jahren wichtige Fortschritte erzielt», erzählt Haris Lokvancic, Programmverantwortlicher für Justiz und Politikberater bei der DEZA. «Aber die Heraus-

Roma-Kinder durchwühlen in Mostar eine Mülltonne nach gebrauchten Kleidern: Trotz Reformen ist in Bosnien und Herzegowina der Zugang der Minderheiten zu den sozialen Leistungen des Staates noch immer unzureichend.

© Nick Hannes/laif

forderungen bleiben gross.» Folgende Zahlen verdeutlichen dies: Im März 2017 lagen 15 605 ungelöste Fälle in den Büros von Staatsanwälten, darunter 4076 ungelöste Untersuchungen und davon 2000 älter als drei Jahre. Fehlende Kapazitäten und Ressourcen sowie die weitverbreitete Korruption schränken die Handlungsfähigkeit der Gerichte stark ein. Das färbt auf die Gesellschaft ab: «Das Vertrauen der Menschen in die Institutionen ist sehr gering», sagt Lokvancic. Laut einer Studie von USAID lagen das Vertrauen in die Justiz und deren Effektivität auf einer Skala, bei welcher 100 Prozent vollumfänglicher Zufriedenheit entspricht, bei lediglich 35 Prozent.

Das DEZA-Büro in Bosnien und Herzegowina unterhält heute mehrere Programme, um die Effektivität der Justiz zu steigern. So werden derzeit über 360 Staatsanwälte im gesamten Land ausgebildet. Im Fokus stehen drei Bereiche: Organisiertes Verbrechen, Wirtschaftsverbrechen/Korruption und Cyberverbrechen. Dafür zapft die Justiz auch das Wissen und die Erfahrung der Schweizer Behörden an. Regelmässig kommen Mitarbeitende der Zürcher Staatsanwaltschaft für Workshops und Peer-to-Peer-Trainings nach Bosnien und Herzegowina. Umgekehrt besuchte eine Gruppe von zehn Staatsanwälten im April 2018 eine Woche lang die Staatsanwaltschaft Zürich, um zu erleben, wie das Büro organisiert ist.

Die DEZA unterstützt auch ein gross angelegtes Unicef-Programm, in dessen Rahmen Polizisten, Anwälte und Juristen im altersgerechten Umgang mit jugendlichen Tätern und Opfern geschult werden. «In einem Kontext von Armut, Arbeitslosigkeit und psychischen Problemen, kommt es verhältnismässig oft zu Gewalt an Kindern», erklärt Lokvancic. Gleichzeitig unterstützt die Schweiz ein Mentoring-Programm für Lehrpersonen zur Früherkennung von potenziell gewalttätigen Kindern und Jugendlichen.

Behandlung von Nachkriegstraumata

Ein weiterer Schwerpunkt des Schweizer Engagements in Bosnien und Herzegowina betrifft das Menschenrecht auf medizinische Grundversorgung. «Nach dem Krieg haben die Fälle von psychischen Krankheiten stark zugenommen», erklärt Maja Zaric, Programmverantwortliche und Beraterin für Cooperation Policy bei der DEZA. «Armut und Arbeitslosigkeit tragen zusätzlich dazu bei.» Psychisch Kranke würden in der Gesellschaft jedoch stark stigmatisiert. Um dem entgegen zu wirken und die Sensibilität für deren Nöte zu steigern, finanziert die DEZA öffentliche Diskussionsrunden und Schulungen für Gesundheitsdienstleister, für Lehrerinnen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Journalisten.

Gleichzeitig wird mit den nationalen Gesundheitsbehörden und einer lokalen NGO derzeit ein Masterplan zur Reformierung des Gesundheitssystems umgesetzt. Während früher alle Patientinnen und Patienten mit psychischen Krankheiten in zentralen Kliniken betreut wurden, soll diese Aufgabe vermehrt von lokal organisierten Gemeindezentren übernommen werden. Bis heute ist ein landesweites Netzwerk mit 70 solcher Zentren entstanden. «Das hat den grossen Vorteil, dass die Betreuerinnen viel näher an der Lebenswelt der Patienten sind», sagt Zaric. Die DEZA unterstützt deshalb auch sogenannte Gesundheitskoordinatoren, die sich darum kümmern, dass Patienten auch nach der Entlassung aus einer Klinik gut betreut sind und einfacher wieder einen Einstieg in die Gesellschaft finden.

Dafür gehen auch Kliniken neue Wege: In der Gemeinde Tuzla bauen Patientinnen als Teil ihrer Therapie auf einem zur Klinik gehörenden Stück Land Himbeeren an. «Die Arbeit auf dem Feld hilft Patienten, später einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden», erzählt Zaric. Dadurch können sie zum Einkommen ihrer Familie bei-

tragen, was helfe, Selbstvertrauen und Würde zurückzugewinnen. Rückfälle seien seither seltener geworden. «Die Reformierung des Gesundheitssystems für psychisch Kranke ist eine echte Erfolgsgeschichte», freut sich Zaric. Dies hat letztes Jahr auch der nationale Ombudsmann für Menschenrechte in seinem Bericht bestätigt. ■

KOOPERATIONSZIEL: DEMOKRATISCHES SYSTEM UND FRIEDLICHER STAAT

Die DEZA betreibt seit 1996 ein eigenes Büro in Bosnien und Herzegowina. Seit 2015 ist es Bestandteil der Schweizer Botschaft in Sarajevo. Die Kooperation begann nach dem Jugoslawienkrieg mit humanitärer Hilfe. Seither fördert sie die europäische Integration des Staates und versucht mit ihren Programmen, zu einem demokratischen System und friedlichen Staat beizutragen. Heute ist die Schweiz der fünfgrößte bilaterale Kooperationspartner von Bosnien und Herzegowina. Für die Periode zwischen 2017 und 2020 sind Beiträge von 74 Millionen Schweizer Franken geplant. Die meisten Projekte haben einen direkten Bezug zur Stärkung der Menschenrechte.

FACTS & FIGURES

20 637

Urteile hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg seit seiner Gründung 1959 gesprochen. Mehr als ein Drittel betraf die drei Mitgliedstaaten Russland, Türkei und die Ukraine.

1959 - 2017

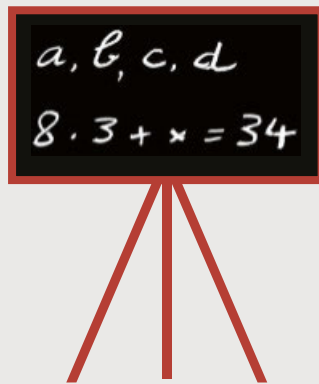


Einige der wichtigsten Menschenrechte laut AEMR

- > das Recht auf Leben, persönliche Freiheit und Sicherheit
- > das Recht auf Gleichbehandlung und Nicht-diskriminierung
- > das Recht auf Anerkennung als rechtsfähige Person
- > das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, der Gesundheit und Wohlergehen gewährleistet, einschliesslich Nahrung, Wasser und Wohnung
- > das Recht auf Arbeit und auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen
- > das Recht auf Bildung
- > Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit
- > Meinungsfreiheit, freie Meinungsäusserung und Versammlungsfreiheit sowie das Recht auf politische Teilnahme
- > das Recht auf Privat- und Familienleben
- > das Recht auf ein gerechtes Gerichtsverfahren und Freiheit von willkürlicher Festnahme und Haft
- > Freiheit von Sklaverei und Leibeigenschaft sowie von grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe

263 000 000

Kinder auf der Welt haben keinen Zugang zur Schulbildung – namentlich wegen Armut, fehlenden Schulen, kulturellen Barrieren, Kriegen oder Flucht – obwohl jeder Mensch das Recht auf Bildung und Schulbesuch hat. In den am wenigsten entwickelten Ländern beenden nur rund ein Drittel aller Kinder die obligatorische Schule.



600 000 000

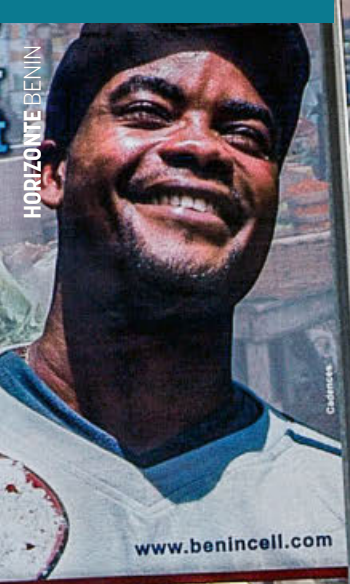
Frauen leben in einem Land, in dem häusliche Gewalt gegen Frauen nicht als Verbrechen gilt. Laut UNO ist die Gewalt gegen Frauen eines der am meisten verletzten Menschenrechte.



Quellen und Links

- Informationsseite zur Europäischen Menschenrechtskonvention www.menschenrechtskonvention.eu
- Webseite des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte www.ohchr.org
- Diverse Publikationen des EDA zu Menschenrechten www.eda.admin.ch (Publikationen, Menschenrechte)
- Studie von Céline Barmet von der ETH zu den aktuellen Herausforderungen der Menschenrechte www.css.ethz.ch (Analyse 228)
- Webseite des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte www.echr.coe.int
- Informationsplattform des Vereins Humanrights.ch/MERS, der sich für die Förderung und Durchsetzung der Menschenrechte in der Schweiz einsetzt. www.humanrights.ch

Quelle: DEZA-Menschenrechtspolitik: Für ein Leben in Würde (Broschüre)



ADO170

AC44

JUNGER UNTERNEHMERGEIST IN BENIN

Die Bevölkerung von Benin wächst jährlich um 2,7 Prozent, ist jung und bringt den stagnierenden Arbeitsmarkt aus dem Gleichgewicht. Drei Jungunternehmer setzen trotz aller Widrigkeiten auf Mut, Ideen und viel Eigeninitiative.

Text: Katrin Gänslar, Cotonou

Die Abendsonne scheint auf das Gesicht von Kamal Radji. Er sitzt auf den Eingangsstufen von dem, was er seinen Traum nennt. Bisher sind das nur drei rostrote Container, die mitten im Champ de Foire, Cotonous einzigem Park im Stadtzentrum, stehen. Drinnen riecht es nach Klebstoff, da erst vor wenigen Tagen der Boden mit Spanplatten verlegt wurde. Doch bald wird sich der Raum mit Büchern, Zeitschriften und ein paar Schreibtischen füllen – kostenfreies WLAN inklusive. «Mein Traum ist es, überall im Land Bibliotheken zu errichten», sagt Kamal Radji, während der Verkehrslärm der umliegenden Strassen herüberdringt.

2012 versuchte der heute 28-Jährige erstmals, die damalige Regierung zu überzeugen, den Champ de Foire umzugestalten. Vier Jahre lang wurden er und seine Mitstreiter geduldet, bis 2016 schliesslich das Okay kam. Radji, der auch als Musiker auftritt, konnte anfangen, finanzielle Unterstützung zu suchen. Seine erste Bibliothek wird künftig allen offen stehen, besonders

aber Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Es ist ein Ort für jene, die sich nicht aus dem Zentrum mit den Ministerien und Unternehmen in die dicht bevölkerten Wohnviertel am Stadtrand drängen lassen wollen, und für die, die kein Geld für einen Internetanschluss, teure Restaurants und die Miete für Konferenzräume haben.

Jugendliche fordern Ausbildung und Arbeit

Der Bibliotheksgründer zeigt auf das Café Baobab Numérique, das 200 Meter entfernt auf der gegenüberliegenden Parkseite liegt. Das wurde bereits 2017 eröffnet und ist Teil des Konzepts, mit dem Einkommen erwirtschaftet werden soll. Auf der Speisekarte stehen Getränke, eine Auswahl von Sandwiches, Salate, Fleischspiesse und Pommes Frites. Eingefasst ist die Karte mit einem bunten Stoff, der Pagne heisst und bis heute das wichtigste Kleidungsstück im Land ist. Insgesamt arbeiten 15 Menschen hier. Doch bloss ein Café zu schaffen, reichte Kamal Radji nicht. Der ruhigere Bibliotheksbereich soll ein Ort des Lernens und der Kreativität sein. Hier sollen sich junge Menschen austauschen, vernetzen. Im besten Fall entstehen aus Businessideen Jobs. «Diese Ansätze fehlen in der Schulausbildung», so Kamal Radji, «und wir müssen Dinge wieder gemeinsam machen. Das geht heute im Individualismus unter.»

In Benin haben die Jungen eine satte Mehrheit. Mehr als 63 Prozent der elf Millionen Einwohner sind jünger als 25 Jahre. Die Analphabetenrate ist mit 38,4 Prozent zwar weiterhin hoch. Doch überall im Land fordern junge Menschen zunehmend Ausbildung und Arbeit ein. Während sich 2007 noch rund 52500 Schüler zur Matura anmel-

JUGENDLICHE UND POLITIK

In Westafrika sind nur wenige Präsidenten jünger als der 60-jährige Patrice Talon, der in Benin 2016 die Stichwahl gegen Lionel Zinsou gewann. Für Jugendliche und junge Erwachsene wirkt Politik häufig wie ein Business unter alten Männern, dem man wenig Vertrauen schenkt. Immer wieder werden Vorwürfe der Korruption und Vetternwirtschaft laut. Maurice Ahouangbè lässt sich davon nicht abschrecken. Der 36-Jährige steht der Jugendorganisation der Regierungspartei «Zusammenschluss der Beniner für eine neue Vision» von Präsident Talon vor, organisiert Konferenzen und Workshops, unterstützt bei Parteiveranstaltungen und ist Bindeglied zwischen der Mutterpartei und dem Nachwuchs. Dass junge Politiker lange darauf warten müssen, um in Ämter zu kommen, akzeptiert er. «Es ist eine gute Vorbereitung für uns. Wenn wir an der Reihe sind, möchten wir es schliesslich mal besser machen.»

Die Wirtschaftsmetropole Cotonou leidet wie das ganze Land unter einer hohen Jugendarbeitslosigkeit – rund 63 Prozent der elf Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Benins sind jünger als 25 Jahre.

© Jean Claude Moschetti/REA/laif



deten, ist die Zahl zehn Jahre später mehr als doppelt so hoch. Wer einen Abschluss hat, würde meist von einem Krawattenjob träumen, spöttelt Kamal Radji, der selbst vor Jahren sein Jura-studium abbrach, und schüttelt leicht den Kopf. Der Staat gilt als beliebter Arbeitgeber. «Für mich war das nie eine Option.» Kommt hinzu: So gross der Wunsch auch ist, so gering sind die Chancen, tatsächlich einmal in einem Ministerium zu arbeiten.

Lieber Kaninchenzüchter als arbeitsloser Akademiker

Sich auf den Staat zu verlassen, das kam für Roméro Adogo nie in Frage. Er lebt in Zoungoudo, einem Dorf zehn Kilometer von Bohicon, der sechst-grössten Stadt des Landes, entfernt. Der 24-Jährige hat die Landwirtschafts-schule besucht und arbeitet gerne draussen. An seiner Hose kleben ein paar rotbraune Schlamm-spritzer. Es ist Regenzeit, die die Luft angenehm frisch und kühl macht, die Piste dafür umso rutschiger. Adogo muss auf seinem Moped zwischen beiden Orten hin- und herfahren und versucht dabei, so gut es geht, den Pfützen auszuweichen. Auf dem Gehöft seines Vaters angekommen, begrüsst er zuerst ein paar Frauen aus der Nachbarschaft, winkt den Kindern zu, die über den Hof rennen, und

stellt sein Moped vor die Stalltür, hinter der sein Traum lebt. Es sind Kaninchen, Dutzende weisse, bräunliche, graue, grosse, kleine, die er in verschiedenen Gehegen hält. Adogo achtet penibel auf Sauberkeit. Vom mitunter beissenden Geruch der Nager keine Spur. Auf dem Hof seiner Mutter ist die Nachzucht untergebracht. Über jeden Wurf führt er genau Buch. Sobald er mehr Platz hat, will er weitere Ställe bauen.

Roméro Adogo nimmt ein grosses, weisses Kaninchen auf den Arm und streicht etwas gedankenverloren über dessen Rücken. «Vor Jahren habe ich im Fernsehen einen Beitrag über Hochschulabsolventen gesehen, in dem erwähnt wurde: 84000 von ihnen sind arbeitslos. Das wollte ich nicht. Als ich 17 war, stand meine Entscheidung fest: Ich werde Unternehmer.» Auf die Idee mit den Kaninchen kam er während eines Praktikums an der Landwirtschaftsschule, welches er in einem Zuchtbetrieb absolvierte. Die Arbeit gefiel ihm, und er hatte seine Nische gefunden. Den Anfang machten vier Häsinnen, ein Rammler und die Überzeugung, dass die Kaninchenzucht ein zukunftsträchtiges Geschäft sei. Tatsächlich steht Kaninchen auf so mancher Speisekarte. Anders als Hühner werden sie nicht tiefgekühlt aus Europa eingeführt. Mittlerweile züchtet Adogo mit 44 Häsinnen und vier Rammlern

und verkauft ein drei Kilo schweres Tier für 3000 CFA (5.26 CHF). Je Kilo erhöht sich der Preis um umgerechnet 1,75 CHF. Das Futter baut er auf einem Feld selbst an. In einer Plastikkiste bewahrt er notwendige Medikamente auf.

Roméro Adogo gibt jedoch zu: Ohne Unterstützung wäre der Start schwierig gewesen. Der Kaninchenzüchter hat sich 2016 für das Pilotprojekt CIVA (Centre d'Innovations Vertes pour le secteur Agro-alimentaire au Bénin) der 1971 gegründeten Forschungseinrichtung Africa Rice beworben und wurde ausgewählt. Er hat sich online fortgebildet und ist Teil eines Netzwerks von mehr als 100 jungen Agrarunternehmern geworden. Sie haben während der Laufzeit Bauern beraten und dafür Honorare bekommen. Seinen Verdienst hat Roméro Adogo in die Zucht investiert. Jungunternehmer können noch so gute Ideen haben. Meist scheitern diese am Zugang zu Kapital.

Besseres Image für lokale Produkte

Zu dem Netzwerk gehört auch Nadège Segbedji. Laures, wie das Unternehmen der Lebensmitteltechnologin heisst, liegt abseits der Hauptstrasse von Bohicon. Besucher führt sie über den Hinterhof in einen nur wenige Quadratme-



Viele junge Beninerinnen und Beniner realisieren lieber eigene Ideen als von einem Krawattenjob beim Staat zu träumen: Kamal Radji gründet Bibliotheken, in denen sich junge Menschen austauschen und vernetzen, die Lebensmitteltechnologin Nadège Segbedji produziert lokale Säfte für Supermärkte, Restaurants und Bars, und der Agrarunternehmer Roméro Adogo betreibt erfolgreich seine eigene Kaninchenzucht.

© Katrin Gänster (3)

ter grossen Raum, in dem gleichzeitig verkauft und produziert wird. Zärtlich fährt sie mit der Hand über das Herzstück ihres Betriebs, eine Saftpresse, mit der sie Ananas-, Mango- und Baobabsaft herstellt. Monatlich produziert sie durchschnittlich knapp 1000 Flaschen, die sie an Supermärkte in der Stadt sowie an Restaurants und Bars verkauft. Säfte aus Benin sind heute keine Seltenheit mehr. Der Markt sei umkämpft, sagt die junge Frau, «aber ich wollte das unbedingt machen und nicht darauf warten, dass mich jemand einstellt. Ausserdem gibt es in der Region viel Obst. Aber wir müssen die Früchte auch verarbeiten, etwa Saft daraus machen.» Trotz steigender Zahl von Projekten zur Saft- und Marmeladenherstellung verfaulen zu Erntezeiten weiterhin tonnenweise Mangos, oder sie müssen zu Spottpreisen am Strassenrand verkauft werden.

Dies ein Hinweis darauf, dass es in Benin an einer verarbeitenden Industrie fehlt, die Arbeitsplätze schaffen könnte. Nach Mali und Burkina Faso ist das Land beispielsweise drittgrösster Baumwollproduzent in Afrika. Eine Weiterverarbeitung findet jedoch bis auf wenige Ausnahmen nicht statt. Wenn es um Saft geht, dann liegt es laut Nadège Segbedji aber nicht nur an den Herstellungsmöglichkeiten. «Die Einstellung der Beniner muss sich

ändern. Viele denken, dass der Saft, der aus dem Ausland kommt, besser ist. Unsere Produkte», und sie weist dabei wie als Beweis auf ihren Mangosaft hin, «brauchen ein besseres Image.»

Verführerisches Ausland

In Cotonou erlebt Kamal Radji ständig, wie verheissungsvoll das Ausland, gerade Europa, klingt. «Wir sind eine Generation, in der alle gegen uns sind. Die Kirche, die uns sagt: Unsere alte Religion ist nicht mehr gut; die Schule, in der nur von der Unterentwicklung unserer Heimat gesprochen wird; die Gesellschaft, von der wir hören, dass das Land im Dreck steckt.» Er hat sich mittlerweile auf eines der Sofas im Café Baobab Numérique gesetzt. Um ihn herum sitzen ein paar Gäste, die Saft trinken und auf ihr Abendessen warten. Er fährt mit der Hand über den Stoff und hält für einen Moment inne: «Trotzdem würde es mir nie einfallen, Benin zu verlassen. Irgendjemand muss die Zukunft ja auf sich nehmen und Dinge vorantreiben.» ■

Katrin Gänster ist freie Journalistin in Westafrika. Sie lebt in Cotonou und Lagos und berichtet für deutschsprachige Medien.

BENIN IN KÜRZE

Name

Republik Benin

Hauptstadt

Porto Novo (Cotonou ist Wirtschaftsmetropole)

Fläche

112 622 Quadratkilometer

Bevölkerung

11 Millionen;
63% sind unter 25 Jahre alt

Ethnien

Fon 38,4%
Adja 15,1%
Yoruba 12%
Bariba 9,6%
Fulani 8,6%
sonstige: 16,3%

Sprachen

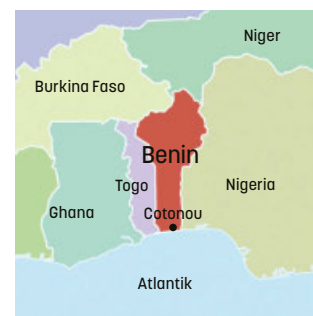
64 Sprachen und Idiome
Amtssprache: Französisch
Wichtigste Umgangssprachen
im Süden: Fon und Yoruba

Religionen

Christen 48,5% (davon
25,5% Katholiken)
Muslime 27,7%
Voodoo als offiziell anerkannte
Religion 11,6%

Wirtschaftssektoren

Landwirtschaft 25,6%
Industrie 23,1%
Dienstleistungen 51,3%



Aus dem Alltag von ...

CHARLES ARABA

PERSONALVERANTWORTLICHER DES SCHWEIZER KOOPERATIONSBÜROS IN BENIN

Aufgezeichnet von Zélie Schaller

Ich wohne in Abomey-Calavi, 25 Kilometer von Cotonou entfernt. Ins wirtschaftliche Zentrum des Landes fahre ich mit dem Auto. Schon frühmorgens sind die Strassen voll von Motorradtaxi. Ins Büro komme ich kurz vor acht. Ich kümmere mich um alle Personalbelange: Rekrutierung und Einarbeiten neuer Angestellter, Krankenversicherung, Lohnbuchhaltung, Ferienpläne ...

Überdies organisiere ich die Einsätze der Mitarbeitenden vor Ort. Meine Kol-



© DEZA

legeninnen und Kollegen holen sich bei mir Hilfe für allerlei: Ist jemandes Kind krank, organisiere ich die Stellvertretung, damit der Sohn oder die Tochter nicht unbetreut bleibt; daneben kontaktiere ich die Bank, damit die Löhne rechtzeitig ausbezahlt werden. Ohne gute Personalführung in einem strukturierten Rahmen lässt sich die operative Arbeit nicht erledigen. Die Personalabteilung ist einer der wichtigsten Pfeiler für das Funktionieren der Schweizer Vertretung. Mich begeistert diese Arbeit. Ich habe gerne mit Menschen zu tun.

Das Schweizer Kooperationsbüro und das Konsulat in Cotonou beschäftigen 56 Angestellte, 52 Einheimische und vier aus der Schweiz. Das Arbeitsklima ist

hervorragend, die Kommunikation ist gut, ebenso das Vertrauensverhältnis. Offenheit, Respekt und Toleranz sind Grundwerte der «Béninois». Hier leben drei Religionen zusammen: der Islam, das Christentum und der Voodoo. Auf politischer Ebene gelingt es den Abgeordneten immer wieder, einen Konsens zu finden. Benin ist ein stabiler Staat, der nie in einen Krieg verwickelt war.

Neben meiner Arbeit beobachte ich, wie sich mein Land entwickelt. Benins grösste Sorge sind die terroristischen Angriffe an den Grenzen zu Nigeria, Niger, Burkina Faso und Mali. Die Sicherheitsmassnahmen wurden verstärkt, die Bevölkerungsbewegungen werden genau überwacht. Weiter wurde die Schraube bei der Korruptionsbekämpfung mit drastischen Sanktionen angezogen. Die Regierung von Patrice Talon bekämpft das Phänomen mit grossem Nachdruck, die Beniner sind an diese Unnachgiebigkeit nicht gewöhnt. Früher arbeitete man an mehreren Stellen parallel, um das Haupteinkommen aufzubessern. Nun haben die Leute nur noch eine Einkommensquelle, worunter die Kaufkraft gelitten hat. Die Nahrungsmittelpreise aber steigen; viele Leute haben nicht genug zu essen, sie können sich nur eine oder zwei Mahlzeiten pro Tag leisten.

Zur Verbesserung der Ernährungslage fördert die DEZA die Produktivität landwirtschaftlicher Familienbetriebe. Sie stellt Maschinen für die Bauernorganisationen bereit und konsolidiert die Produktionskette in den Departementen Alibori und Borgou, wo sich die Bevölkerung dynamisch entwickelt. Momentan werden diese Programme auf das ganze Land ausgedehnt. Im Bildungsbereich tritt sie mit Alphabetisierungskursen und einer den Bedürfnissen des Markts

angepassten Berufsbildung auf. Denn auch die Arbeitslosenrate steigt und steigt. Eine der grössten Herausforderungen für das Land sind die fehlenden Perspektiven für Jugendliche. Um dem Problem zu begegnen, fördert die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit zukunftssträchtige Berufe wie Landmaschinenmechaniker oder Solarpanel-Installateure.

An Aufgaben fehlt es nicht. Die Arbeit meiner Kollegen zu unterstützen, motiviert mich jeden Tag neu. ■

BEVÖLKERUNGSWACHSTUM ABFEDERN

Benin ist ein lang gezogenes, schmales Land mit elf Millionen Einwohnern, die Hälfte davon lebt in ländlichen Gebieten. Das Durchschnittsalter beläuft sich auf 21 Jahre. Die Bevölkerung wächst exponentiell und könnte sich bis 2030 auf 22 Millionen verdoppeln. Das Bevölkerungswachstum zieht eine hohe Nahrungsmittelnachfrage nach sich und übt starken Druck auf die natürlichen Ressourcen aus. Der Infrastrukturausbau und die Schaffung von Arbeitsplätzen kommen kaum nach, was zu gesellschaftlichen Spannungen führt. Zur Verbesserung der Situation fördert die DEZA die Wirtschaftsentwicklung im ländlichen Raum, Grundschul- und Berufsbildung sowie die lokale Gouvernanz. Benin ist seit 1981 ein Schwerpunktland der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit.

Stimme aus ... Benin

JEAN DER VERRÜCKTE – JEAN DER KLUGE

Emotionslos über ihn reden kann ich kaum. Da, wo er sich jetzt befindet, muss er schmunzeln, wie immer, wenn jemand seine Verdienste loben wollte. Jean war verrückt, Jean war klug. Ein kluger Verrückter und ein verrückt Kluger! Wie alle Weisen mochte er nicht, dass man über ihn spricht. Aber wie alle Verrückten konnte er nicht anders, als von sich reden machen.

Zum ersten Mal bin ich ihm in einer intellektuellen Diskussion unter Journalisten begegnet. Jean behauptete, an der Demokratie in Benin würden sich unsere Medien die Zähne ausbeissen.



GEORGES AMLON ist Beniner, Journalist, Berater und Dozent. Seit 1980 arbeitet er bei der nationalen Radio- und Fernsehgesellschaft, momentan als Reporter, Redaktor und Nachrichtensprecher. Als Basketballfan ist er parallel dazu Sportreporter der internationalen Radiostation BBC Afrique. Überdies unterrichtet er in Cotonou am Institut supérieur des métiers de l'audiovisuel und an der Haute école de commerce et de management. Als leidenschaftlicher Leser und Schriftsteller wurde Georges Amlon 1988 mit dem Prix RFI (Radio France internationale) für die beste französischsprachige Kurzgeschichte ausgezeichnet.

Ich hielt dagegen, die Pressemitarbeiter seien wohl kaum scharf darauf. Zwei Stunden drehten wir uns im Kreis. Auf einmal unterbrach er mich: «Du bist verrückt genug, um mit mir über Gott und die Welt zu reden, aber verhungern will ich dabei nicht.» Worauf ein reiches Mahl und ein gutes Glas Wein folgten.

Jean war vernarrt in seine Kinder und weise genug anzunehmen, jedes von ihnen werde es schaffen: ganze acht hatte er, von vier verschiedenen Müttern. «Ich stehe zu meinen Jugendsünden», sagte er dazu bloss. Selbstverständlich scheute er keinen Aufwand, alles Nötige beizusteuern und seine Familie zu unterhalten.

Jean war verrückt, wahnsinnig grosszügig. Einmal verblüffte er mich, als er sich bei mir etwas borgte – es sei für das Schulgeld der drei Kinder eines verstorbenen Kollegen. Dabei hatte er die Kinder aufgenommen, weil sie mit ihrer Mutter aus dem Haus des Vaters fortgejagt worden waren. Es wäre nicht besonders klug gewesen, die Kinder unverdient leiden zu lassen, erklärte er gelassen und liess einen seiner Lieblingssätze fallen: «Man lebt nicht nur für sich, man lebt auch für die anderen.» Der Satz eines Verrückten, Worte eines Weisen ...

Jean war unser Chef und Redaktionsleiter des landesweiten Rundfunks, so verrückt zu glauben, er müsse allen zuhören, und klug genug, im kleinen Kreis zu entscheiden. Von ihm habe ich gelernt, dass Macht und Autorität nicht dasselbe sind. Als Vorgesetzter hatte er keine Mühe mit Widerspruch und knickte unter dem Druck der Hierarchie nicht ein; er war klug genug, um Titel als ein Kostüm zu verstehen, das einen ausgeliehen wird, und verrückt genug, dieses ausschliesslich in den Dienst der eigenen Überzeugung zu stellen.

1996 vertraute ich ihm nach einer detaillierten Recherche an, der amtierende Präsident werde nicht wiedergewählt; und dies bringe mich in Verlegenheit, weil Jean komme doch aus derselben Region wie der Präsident und werde deshalb zum Verräter gestempelt. Er sah mir in die Augen und sagte: «Verletzen wir unsere Berufspflicht? Schaden wir unserem Land?» Geschlagene drei Stunden verhandelten Jean und ich danach mit den verschiedenen Hierarchiestufen, davon eine ganze Stunde am Telefon mit dem Präsidenten. Die Kraft dieses verrückt klugen Freundes und seines Teams machten mich immer stärker. Schliesslich befahl mir mein Chef, zu verschwinden und mich in Sicherheit zu bringen.

Seiner Enttäuschung wurde ich ein paar Jahre später an einem 3. Mai gewahr: «Pressefreiheit in Benin. Die Freiheit existiert. Die Presse immer weniger.» Worte eines Verrückten? Eines Weisen?

Jean war verrückt genug, eines Abends aufgrund eines ärztlichen Kunstfehlers von uns zu gehen. Nirgendwo steht ein Monument zu Ehren dieses weisen Durchreisenden. Nichts mehr als ein Schulhaus, das er – Stein um Stein – mitgeholfen hat aufzubauen, damit die Kinder aus seinem Dorf nicht mehr kilometerweit laufen müssen. Dort in Kpassagon im Departement Zou, hat man ihn nicht vergessen: «Sekundarschule Jean Houalakouè» hat man sie getauft. ■



EIN LICHTBLICK IM HARTEN ALLTAG

Seit fast dreissig Jahren unterstützt die Culture and Free Thought Association Kinder, Jugendliche und Frauen im Gazastreifen. Aus der privaten Initiative von fünf Frauen ist eine der wichtigsten NGOs im Gazastreifen entstanden – auch dank Unterstützung der Schweiz.

Text: Christian Zeier

Zwei Millionen Menschen leben im Gazastreifen auf engstem Raum. Rund 5000 Personen teilen sich hier einen Quadratkilometer – fast dreissig Mal mehr als in der Schweiz. Hinzu kommt ein überlastetes Gesundheitssystem, eine am Boden liegende Wirtschaft und eine Perspektivlosigkeit, die weltweit ihresgleichen sucht.

Für kleine Lichtblicke in diesem misslichen Alltag sorgt seit 1991 die Culture and Free Thought Association CFTA. Was einst als private Initiative von fünf Frauen begann, gilt heute als eine der am besten vernetzten und international angesehensten NGOs im Gazastreifen. Bei der Gründung zur Zeit der ersten Intifada ging es vor allem darum, Kindern und Frauen in der Stadt Khan Younis, im südlichen Teil des Gazastreifens, einen sicheren Rückzugsort zu bieten. Damals wurde das erste Gemeinschaftszentrum Al Shruq Wal Amal (Sonnenaufgang und Hoffnung) mit einfachsten Mitteln eröffnet. Heute wird in

fünf Zentren gespielt, gelernt, gepflegt und vieles mehr. «Die Organisation hat sich in diesen Jahren enorm weiterentwickelt», sagt Jaser Abu Mousa, Mitarbeiter der DEZA im Gazastreifen. «Einen nicht unwesentlichen Anteil daran hat auch das langfristige Engagement der Schweiz.»

Säkular und basisorientiert

Diese unterstützt die CFTA seit 1999 indirekt und seit 2003 direkt mittels finanziellen Zuschüssen (insgesamt 5.2 Millionen Franken). Die Kosten der aktuellen Phase, die von Anfang 2016 bis Ende 2018 dauert, betragen rund 1.2 Millionen Franken. Ermöglicht wurde mit diesen Geldern die kontinuierliche und bedürfnisorientierte Weiterentwicklung des Angebots für vulnerable Gruppen. Heute gehört dazu das Aktivieren von Gemeinschaften, die Entwicklung von Kindern, die Ermächtigung von Frauen, sowie Initiativen für das gemeinnützige Engagement von Jugendlichen oder verschiedenste kulturelle Aktivitäten wie künstlerische Werkstätte, Theater oder Sommerlager. In einem Gesundheitszentrum werden zudem spezifische Dienstleistungen und Beratungen für Frauen angeboten. Ab 2012 konnte CFTA dank Unterstützung der Schweiz eine organisatorische Reform und eine Kompetenzerweiterung durchführen, die aufgrund des Wachstums der Organisation nötig geworden waren.

Ein externer Bericht von 2015 kommt zum Schluss, dass CFTA ein «ausgezeichnetes Beispiel einer Basisorganisation mit Wurzeln in der Gemeinschaft» sei. In den vergangenen Jahren hat die Organisation mit ihren Angeboten jeweils fast 20000 Personen erreicht. Die Begünstigten sind dabei in erster Linie Kinder, Jugendliche und Frauen, mit einem besonderen Fokus auf marginalisierte und unterprivilegierte Gruppen. Was die Institution zudem besonders macht, ist ihre Positionierung als unabhängige und säkulare NGO in einem politisch sowie religiös stark aufgelade-

ABRIEGELUNG DES GAZASTREIFENS

Die Einzäunung des Gazastreifens durch Israel begann Anfang 90er-Jahre, kurz nach der ersten Intifada. Die eigentliche Land-, See- und Luftabriegelung erfolgte dann als Reaktion auf den Wahlsieg der Hamas 2006 und den Bürgerkrieg zwischen den beiden Parteien Hamas und Fatah um die Vorherrschaft im Gazastreifen. Seither ist der Personenverkehr fast vollständig unterbunden und nur wenige Produkte dürfen aus Israel eingeführt werden. Auch Ägypten, das zweite Land, das an den Gazastreifen grenzt, beteiligt sich an den Restriktionen.

Im Gemeinschaftszentrum Bunat Al Ghad üben sich Mädchen in der Jahrtausende alten Kunst des Wandmalens.

© CFTA



nen Umfeld. Aufgrund der Perspektivlosigkeit besteht gerade bei jungen Menschen im Gazastreifen – drei Viertel ist jünger als 25 Jahre – ein erhöhtes Risiko der Radikalisierung. Dass Projekte wie die CFTA dem entgegenwirken, ist einer der Gründe dafür, dass die Schweiz die Organisation unterstützt.

Die Lage bleibt schwierig

Doch aller Errungenschaften zum Trotz sind die Probleme nicht weniger geworden. Als NGO in Gaza zu operieren, sei schwer, sagt Jaser Abu Mousa – besonders wenn man sich unparteiisch positionieren wolle. Neben den politischen Bedingungen würde die Arbeit aber auch durch eine veraltete öffentliche Infrastruktur sowie die mangelhafte Strom- und Wasserversorgung erschwert. Zudem sei die Organisation chronisch unterbesetzt – die grosse Anzahl der Menschen, die Unterstützung benötigen, könnten von den rund 70 Mitarbeitenden und den vielen Freiwilligen kaum bewältigt werden.

Erschwerend komme hinzu, dass Geldzuflüsse in den Gazastreifen seit 2017 grundsätzlich weniger geworden seien. «Ohne Beitrag der Schweiz wäre CFTA in einer misslichen Lage», so Jaser Abu Mousa. Ende 2018 läuft die aktuelle Unterstützungsphase durch die DEZA aus. Für die nächste Phase wurde bereits ein neuer Kredit beantragt. In diesem Rahmen soll die CFTA ihr Wissen und ihre Dienstleistungen mit noch mehr Menschen und Organisationen teilen.

Die Lösung ist politisch

Dass allerdings auch das erfolgreichste Programm die grundlegenden Probleme im Gazastreifen nicht lösen kann, weiss Jaser Abu Mousa nur allzu gut. Zwar seien die Jungen generell gut ausgebildet, aber es fehle an Jobs und an langfristigen Perspektiven. Die private Wirtschaft liegt am Boden, die Arbeitslosigkeit ist auf weit über 40 Prozent gestiegen und mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Gaza lebt unter der Armutsgrenze.

«Was wir hier erleben, ist eine von Menschen gemachte Krise», sagt Jaser Abu Mousa. «Nur eine ständige Öffnung der Grenzen für Menschen, Waren und Dienstleistungen könnte die wirtschaftliche Lage in Gaza nachhaltig verbessern.» Weil solche Massnahmen aber ausserhalb der Möglichkeiten der Entwicklungszusammenarbeit liegen, müsse man sich mit der gegenwärtigen Lage arrangieren. Bis die Politik Lösungen finde, so der DEZA-Mitarbeiter, seien Projekte wie das CFTA ein kleiner Hoffnungsschimmer für die Menschen. ■

Die kulturellen Aktivitäten richten sich insbesondere an marginalisierte und unterprivilegierte Gruppen: Kinder bei den Proben zu einem Theaterstück.

© CFTA

URBANER GARTENBAU GEGEN DEN HUNGER

Seit mehreren Jahren verursacht der Bürgerkrieg im Südsudan eine schwere humanitäre Krise. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung hungert. Nun bekämpfen viele Familien in der Hauptstadt Juba Fehlernährung und Geldknappheit mit Familiengärten.

Text: Zélie Schaller

«Dieser Garten ist meine einzige Nahrungsquelle. Ich habe keine Arbeit, mein Mann hat mich verlassen, muss mich zu Hause aber um zehn Personen kümmern; das ist sehr schwierig. Hierhin gekommen bin ich wegen der Kämpfe in Yei.» Aus dieser seit Herbst 2016 belagerten südsudanesischen Stadt ist die 41-jährige Jane Opan mit ihrer Familie in die Hauptstadt Juba geflüchtet – während die Regierungstruppen Yei hielten, wurde die Stadt von Rebellen umzingelt.

Der seit 2011 unabhängige Südsudan ist Ende 2013 in einen Bürgerkrieg gesplittert, der zehntausende Todesopfer gefordert und Millionen zu Vertriebenen gemacht hat. In der Folge ist die Bevölkerung Jubas explodiert: Aus der halb ländlichen Grosssiedlung ist eine Stadt mit 900000 Einwohnern geworden; die Binnenflüchtlinge haben keinen Zugang zu ihren Feldern mehr und können sich das Gemüse auf dem Markt nicht leisten. Die Nahrungsmittelpreise sind in die Höhe geschneit, vor allem wegen Währungsschwankungen und einer hohen Inflationsrate. Den Familien fehlt es an allem. Im Februar haben die Behörden für bestimmte Landesgegenden offiziell eine Hungersnot ausgerufen.

Gestärkte Existenzgrundlage

Zur Bekämpfung des Hungers und zur Erhöhung der Widerstandskraft in der

krisengeschüttelten Bevölkerung hat die Welternährungsorganisation (FAO) mit Unterstützung der DEZA 2015 in Juba und Umgebung ein Urban-Gardening-Projekt lanciert. Jane Opan erhielt eine Gemüsebau-Ausbildung, um die Existenzgrundlage ihrer Familie zu stärken. «Ich habe viel gelernt. Der Dozent hat uns gezeigt, wie man vorgehen muss. Meine Tomaten gedeihen bestens, sie werden richtig gross», freut sie sich.

Elisabeth Paulino ihrerseits hat gelernt, mehr zu produzieren, um auf dem Markt zu verkaufen, was sie von ihrer Ernte nicht selbst verwerten kann. «Mit dem verdienten Geld kaufe ich Sorghum, komme nach Hause und koche meiner Familie eine Mahlzeit. Das Essen reicht nie: Ich habe zuhause neun Kinder und meine Grossmutter», erzählt die junge Frau aus Malakal. Ausser Okra und Augenbohnen will sie künftig das lokale Gemüse Kudra anbauen, das sie auf dem Markt zu einem guten Preis verkaufen kann.

Saatgut und Bienenstöcke

Rund 6500 Familien profitieren vom bis Ende Jahr laufenden Projekt. Sie erhalten eine Auswahl einheimischer Gemüsesamen, Werkzeug (Giesskannen, Kessel, Schaufeln, Rechen) sowie eine Imker-Grundausrüstung mit modernen Bienenstöcken, Honiggläsern und Smokern. In Kursen lernen sie, ihren

Ertrag zu steigern und die Wasserressourcen effizient einzusetzen.

Martin Rari Mosori ist stolz, seine pedalbetriebene Wasserpumpe richtig einzusetzen. Der 57-jährige ehemalige

AKUT FEHLERNÄHRT, SCHWER UNTERERNÄHRT

Rund 7,1 Millionen Menschen im Südsudan benötigen laut UNO notfallmässige Unterstützung in den Bereichen Lebensmittelversorgung und Landwirtschaft. Geschätzte 1,1 Millionen Kinder unter fünf Jahren sind von akuter Fehlernährung bedroht, mehr als 260000 sind bereits schwer unterernährt. Die Dauerkonflikte sind für die landwirtschaftliche Produktion verheerend. Überdies bringen die galoppierende Inflation und der Zusammenbruch der Märkte jene Regionen in Bedrängnis, die zur Befriedigung ihrer Ernährungsbedürfnisse davon abhängen. Der eingeschränkte Zugang zu Gesundheitsdiensten sowie fehlende sanitäre Anlagen verschlimmern die Situation. Dazu kommen die Bevölkerungsbewegungen: Das Land zählt 1,84 Millionen intern Vertriebene sowie 2,5 Millionen in die Nachbarländer Äthiopien, Kenia, Uganda, Sudan, DR Kongo und Zentralafrikanische Republik Geflüchtete.



Soldat ist Bauer geworden, um seine zehn Kinder zu ernähren. Er baut Zwiebeln, Tomaten, Amarant und Wassermelonen an. «In jeder Saison experimentiere ich mit verschiedenen Anbautechniken und probiere, wie die Pflanzen am besten wachsen.» Durch Zufall hat er ausserhalb von Juba noch mehr Land gefunden und kann so mehr produzieren: «Dank der zusätzlichen Fläche läuft alles bestens.»

Arbeitsplätze schaffen

Andere Haushalte sind verletzlicher. Jene mit schwangeren oder stillenden Frauen, unterernährten Kindern unter fünf Jahren oder Alten haben während dreier Monate Anrecht auf elektronische Gutscheine. Sie können dort, wo die am Projekt beteiligten Bauern ihren Überschuss absetzen, mit Chipkarten Gemüse, Früchte, Fisch, Honig und Milch kaufen.

Um die Lebensmittelproduktion wieder anzukurbeln und Perspektiven zu schaffen, wurden kleine urbane Unternehmen gegründet. Rund 200 Frauen und junge Produzenten verarbeiten und vermarkten damit ihre Nahrungsmittel. Zur Ausbildung gehörten sowohl Marketing als auch das Erarbeiten von Businessplänen, aber auch Aspekte wie Konservierung und Verpackung – gearbeitet wird mit Solartrocknern und -kühlern. Sie nahmen zudem an Fisch-Workshops teil, und eigneten sich dadurch wertvolles Wissen über Nährwert und Wirtschaftlichkeit dieses Nahrungsmittels an. Ausserdem lernten sie verschiedene Fischarten sowie Trocken- und Räuchermethoden kennen. Nun sollen auch noch Verträge mit Supermärkten und Hotels für den Vertrieb der Erzeugnisse folgen.

«Dieses Urban-Gardening-Programm beweist, dass landwirtschaftliche Projekte in schwierigen, instabilen Ver-

hältnissen wie im Südsudan die Versorgung armer Familien verbessern und Arbeitsplätze schaffen können», freut sich Vuciri Isaac, der im Kooperationsbüro der Schweizer Botschaft in Juba für die nationalen Projekte zuständig ist. ■

Das Urban-Gardening-Projekt in Südsudans Hauptstadt Juba und Umgebung bekämpft den Hunger und stärkt gleichzeitig die Existenzgrundlage vieler Familien.
© The NewYorkTimes/Redux/laif

EINBLICK DEZA

KENIA: NOTFALLMASSNAHMEN GEGEN DÜRRE

(schol) Wegen ausbleibender Regenfälle leidet Kenia seit mehreren Monaten an einer schweren Dürre. Von dieser sind rund 1,37 Millionen Menschen betroffen. Das Kenianische Rote Kreuz (KRCS) startete aus diesem Grund im Februar 2018 einen internationalen Notfall-Hilferuf. In Zusammenarbeit mit dem KRCS ermöglicht die DEZA 8400 Menschen den Erwerb von Grundnahrungsmitteln. Weitere 9000 Menschen profitieren durch einen Zugang zu sauberem Wasser für ihren Haushalt und Viehbestand. Die Zielgruppe besteht aus 17000 Frauen, Kindern und älteren Menschen aus dem Bezirk Mandera im Nordosten Kenias, welche am stärksten unter der Dürrekrise leiden.

Projektdauer: Mai bis August 2018

Budget: 200 000 CHF

SÜDKAUKASUS: STÄRKUNG DER FRAUEN

(hel) Die Mehrheit der Frauen im Südkaukasus nehmen gar nicht oder nur informell am Wirtschaftsleben teil. Sie werden sozial und rechtlich diskriminiert, denn sie haben weniger Möglichkeiten, eine Ausbildung zu absolvieren oder einer produktiven, bezahlten Arbeit nachzugehen. Mit dem von UN Women durchgeführten und ab 2021 durch die DEZA mitfinanzierten Programm «Women's Economic Empowerment» sollen Frauen Beratung und Ausbildung in Betriebswirtschaft, sowie Finanzierung für ihr eigenes Projekt erhalten. Ausserdem sollen Anreize für Unternehmen geschaffen werden, damit diese vermehrt Frauen einstellen. Um eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in der Wirtschaft einzufordern, unterstützt UN Women die Behörden dabei, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Projektdauer: 2021-2025

Budget: 3 Millionen CHF

MAZEDONIEN: ARBEITSMÖGLICHKEITEN FÜR ALLE

(hel) Die Arbeitslosigkeit in Mazedonien ist in den letzten zehn Jahren auf 22 Prozent gesunken. Jugendliche, Angehörige ethnischer Minderheiten wie Roma, sowie Menschen mit einer Behinderung sind weiterhin überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. An sie richtet sich denn auch das Programm «Creating Job Opportunities for all», welches von der DEZA unterstützt wird. Speziell ausgebildete Fachpersonen in neuen Arbeitsvermittlungszentren beraten und begleiten diese Bevölkerungsgruppen mit besonderen Bedürfnissen gezielt und fördern deren Integration in den Arbeitsmarkt. Ausserdem werden Unternehmen belohnt, welche Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit besonderen Bedürfnissen identifizieren und zugänglich machen.

Projektdauer: 2018-2027

Budget: 11.3 Millionen CHF

GLOBAL: JUNGE MENSCHEN ALS MOTOR DES WANDELS

(srw) Junge Menschen repräsentieren über die Hälfte der Weltbevölkerung. Die meisten von ihnen leben in Entwicklungsländern. Während sie häufig unter den Folgen von Wassermangel leiden, sind sie selten Teil der Lösung von Wasserproblemen. Das Programm «Young Water Fellowship (IWF)» will das innovative und erneuernde Potenzial junger Menschen anzapfen, um die drängendsten Herausforderungen zu Trinkwasser, Abwasser und Wassermanagement anzugehen. YWF stärkt die Kapazitäten junger Unternehmer durch technische und finanzielle Unterstützung. Im Spätsommer 2018 fand das erste YWF-Training statt, bei dem Geschäftsideen junger Menschen aus Entwicklungsländern weiterentwickelt wurden. Dies mit dem Ziel, Start-Ups zu lancieren, welche die

Lösung lokaler Wasserprobleme zum Ziel haben. Für Sonita Mbah aus Kamerun war das Training ein voller Erfolg: «YWF ist ein Wendepunkt in meinem Leben. Ich konnte eine Marktnische identifizieren und ein Geschäftsmodell entwickeln, das ich jetzt voller Enthusiasmus in Kamerun umsetzen werde».

Projektdauer: 2018-2021

Volumen: 650 000 CHF

INDONESIEN: NOTHILFE NACH ERDBEBEN UND TSUNAMI

(ung) Nach einem Erdbeben rollte am 28. September eine meterhohe Welle über einen Teil der westlichen Küste der indonesischen Insel Sulawesi. Der Tsunami forderte über 2000 Todesopfer, unzählige Verletzte und verursachte immense materielle Schäden. Die Schweiz entsandte umgehend Experten der DEZA und des Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe (SKH), welche in Koordination mit den indonesischen Behörden Hilfe im Wasserbereich leisteten. Dafür wurden über 30 Tonnen Material sowie Notunterkünfte geliefert. Darüber hinaus hat die Schweiz das Indonesische Rote Kreuz mit 500 000 Franken zur Finanzierung seiner Hilfsaktivitäten unterstützt.

Projektdauer: Oktober bis Mitte November 2018

Volumen: 2.5 Millionen CHF



Post

ZWISCHEN HILFE UND BOYKOTT

Entwicklungszusammenarbeit in autoritär regierten Staaten ist ein Balanceakt: Unter welchen Umständen verbessert sie das Leben der Bevölkerung? Und wann macht sie die Situation gar schlimmer?

Text: Christian Zeier

Es war ein harter Schlag gegen die Demokratiebemühungen in Kambodscha. Im November letzten Jahres entschied das Oberste Gericht, dass die grösste Oppositionspartei des Landes aufzulösen sei. Die Justiz folgte damit der Argumentation der Regierung, welche dem politischen Gegner die Planung eines Staatsstreichs vorgeworfen hatte. Menschenrechtsgruppen kritisierten den Entscheid als politisch motiviert. Die Geberländer, die sich bis dahin für die Achtung der Menschenrechte und eine Stärkung des Rechtsstaates eingesetzt hatten, mussten reagieren.

Japan, eines der wichtigsten Geberländer, verzichtete auf Sanktionen. Schweden hingegen gab bekannt, von neuen bilateralen Abkommen über die Entwicklungszusammenarbeit abzusehen – mit Ausnahme der Bereiche Ausbildung und Forschung. Zudem wurde die Unterstützung einer Dezentralisierungsreform beendet. «Es ist ein Balanceakt», sagte Göran Holmqvist von der schwedischen Behörde für Entwicklungszusammenarbeit SIDA. Einerseits

gehe es darum, Bedenken zu zeigen und Programme zu überdenken, die mit der negativen Entwicklung zusammenhängen. Andererseits wolle man in Kambodscha engagiert bleiben und den Raum für Dialog offenhalten.

Das Beispiel wirft grundsätzliche Fragen auf: Wann ist eine Kooperation mit einem autoritären Regime sinnvoll? Unter welchen Bedingungen ist man nützlich und wann richtet man eher Schaden an? Eindeutige Antworten darauf gibt es nicht. Möglich ist nur eine Annäherung anhand konkreter Beispiele und Erfahrungen sowie eine Übersicht über Vor- und Nachteile verschiedener Handlungsweisen.

Vor- und Nachteile eines Rückzugs

Vereinfacht ausgedrückt gibt es für Geberländer drei Optionen, wie sie auf autoritäre Tendenzen in einem Partnerland reagieren können: Entweder sie ignorieren die Entwicklung und stärken damit das autoritäre Regime, oder sie passen ihre Zusammenarbeit an, oder sie ziehen sich ganz aus dem Land zurück. Für alle drei Strategien gibt es gute Argumente.

Omar S. McDoom, Assistenzprofessor an der London School of Economics, hat diese in einem Artikel für das Wirtschaftsforschungsinstitut UNU-WIDER am Beispiel von Ruanda aufgearbeitet. Konsequenterweise signalisiere ein kompletter oder teilweiser Rückzug

nicht nur, dass man mit Menschenrechtsverletzungen nicht einverstanden sei, sondern könne auch neue rechtliche und moralische Standards etablieren. Würden Verletzungen internationaler Standards hingegen ignoriert, könne das die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) untergraben. Kritiker wie der Wirtschaftsnobelpreisträger Angus Deaton argumentieren, dass internationale Gelder Regierungen an der Macht halten, die sich den eigenen Bürgern gegenüber nicht verantworten müssen.

Auf der anderen Seite stellt McDoom die Frage, inwiefern reichere Geberländer ihre Wertvorstellungen ärmeren Ländern aufzwingen dürfen. Zudem bestehe bei einem Rückzug die Gefahr, dass die Armen für die Handlungen ihrer Eliten bestraft würden, oder dass ein autoritäres Regime mit radikalen Massnahmen reagiert und die Stabilität gefährdet.

Inwiefern sich ausländische Hilfe auf die politischen Institutionen eines Landes auswirke, sei grundsätzlich schlecht erforscht, sagt der Politikwissenschaftler Tobias Hagmann, der ein Buch über die EZA und autoritäre Regime in Afrika veröffentlicht hat. Eine der wenigen Studien, die eine grössere Anzahl Länder über einen längeren Zeitraum betrachte, zeige, dass die IZA in erster Linie bestehende Strukturen verstärkt. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Nabamit Dutta und ihr Team kommen in der Studie zum Schluss: Demokratien werden demokratischer, Diktatu-

Hartes Regime, geschwächter Rechtsstaat: In Kambodscha gab es in den letzten Jahren regelmässig Tote bei Protesten.
© Phearum Xinhua/eyevine/laif

ren diktatorischer. Was die Reaktion auf autoritäre Tendenzen angeht, sieht Hagmann zwei grosse Probleme. Erstens hätten Geberländer die Tendenz, die Bedingungen vor Ort schönzureden, um das eigene Engagement zu rechtfertigen – so geschehen in Äthiopien im vergangenen Jahrzehnt. Zweitens sei es sehr schwer, vorauszusagen, in welche Richtung sich eine Regierung entwickle und ob sich ein Engagement langfristig lohne.

Bei jeder Reaktion müsse das langfristige Denken über das aktuelle Regime hinaus überwiegen, schreibt Omar S. McDoom. Wichtig seien daher eine fundierte Kontextanalyse, eine möglichst umfassende Koordination sowie das Festlegen klarer Bedingungen, wann eine Kooperation fortgesetzt oder beendet werde.

Die Schweiz bleibt engagiert

Das deckt sich weitgehend mit der Praxis der Schweiz. Verändere sich die Situation in einem Land, führe man eine umfassende Kontextanalyse durch, um zu entscheiden, ob und in welchem Rahmen die Entwicklungszusammenarbeit noch Sinn ergebe, sagt Jean-François Cuénod, stellvertretender Leiter des Bereichs Südzusammenarbeit bei der DEZA. Je nach Resultat werde die Kooperation angepasst oder sogar beendet. «Wir dürfen nicht zum Teil des Problems werden», sagt Cuénod. Rote Linien gebe es dabei nicht – vielmehr orientiere man sich an den Werten und Prinzipien, die in der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit und in der Bundesverfassung festgehalten sind.

Als aktuelles Beispiel nennt er Nicaragua, wo die Schweiz aufgrund der politischen Lage Programme sistiert hat. Dass sich die Schweiz aufgrund von Verletzungen wichtiger Werte und Prinzipien ganz aus einem Land zurückzieht, kommt hingegen selten vor. Vielmehr verfolgt man eine Strategie des «stay engaged» – eines fortgeführten Engage-

ments auch unter erschwerten Bedingungen. «Wenn wir uns ganz zurückziehen, können wir keinen Einfluss mehr nehmen», so Jean-François Cuénod. Meist sei es sinnvoller, die Zusammenarbeit anzupassen und, wo möglich, eher mit Partnern aus der Zivilgesellschaft oder mit lokalen Regierungsstellen statt mit der Zentralregierung zusammenzuarbeiten. Es sei wichtig, das Engagement auf Ebene der einzelnen Programme zu überdenken, und die Bevölkerung nicht doppelt für die Handlung ihrer Regierung zu bestrafen.

Neue Player springen ein

Im Fall Kambodscha hat sich die Schweiz für einen Mittelweg entschieden: Drei Programme wurden entweder reduziert oder sistiert. Zudem hat der verantwortliche Botschafter der Regierung in Phnom Penh die Besorgnis der Schweiz mittels Demarche kommuniziert. Anders als die Schweden hat man diese Massnahmen aber nicht aktiv an die Öffentlichkeit getragen. «Je nach Kontext macht öffentlicher Druck Sinn», so Jean-François Cuénod. «Er kann aber auch einen Gesichtsverlust für den Partner bedeuten.»

Ob die Reaktionen der Geberländer in Kambodscha etwas bewirken, bleibt vorerst ungewiss. Zwar ist das Gesamtvolumen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit 2015 erstmals gesunken – eine Entwicklung, die Experten dem Vorgehen gegen die Opposition zuschreiben. Doch schon im Folgejahr hat sich der Betrag laut OECD wieder erhöht. Und: Es springen sogenannte nicht-traditionelle Geberländer in die Bresche, die weniger Wert auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit legen.

China zum Beispiel hat seine Investitionen in Kambodscha während der letzten Jahre laufend erhöht. Dass die Sanktionen deshalb ungehört verhallen, glaubt Jean-François Cuénod nicht. Als meist langjähriger Partner mit hoher Glaubwürdigkeit werde die Schweiz international geschätzt, so der

DEZA-Mitarbeiter. Gelingen es, die Massnahmen mit gleichgesinnten Partnern zu koordinieren, gewinne man zusätzlich an Gewicht und müsse sich weniger stark exponieren. ■

WANN ENDET EIN ENGAGEMENT?

In der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017-2020 wurde erstmals festgehalten, unter welchen Bedingungen sich die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit in einem Land engagiert und wann sie sich zurückzieht. Allerdings wurden hinsichtlich eines Rückzugs ausschliesslich positive Bedingungen formuliert – dass ein Land etwa über ausreichend eigene Mittel verfügt oder die Armut verringern konnte. Ein Rückzug findet – wie dies nach 2006 in Eritrea passiert ist – auch dann statt, wenn die Schwierigkeiten vor Ort die Umsetzung der Programme verhindern, sei dies durch stark eingeschränkte Reisemöglichkeiten, oder wenn das Monitoring und die standardgemässe Rechtfertigung der Mittelverwendung verunmöglicht werden. Im Zusammenhang mit der im Raum stehenden geografischen Konzentration der EZA wird über die Einführung weiterer Kriterien diskutiert. Anders als die Entwicklungszusammenarbeit hat die Humanitäre Hilfe nicht in erster Linie eine nachhaltige Veränderung zum Ziel. Sie soll vor allem Leben retten sowie Leiden lindern und kommt daher auch in Ländern zum Zug, in denen autoritäre Regime eine längerfristige Zusammenarbeit verunmöglichen.

DIE ZWEI GESICHTER VON FACEBOOK

Über 40 Prozent der Weltbevölkerung hat Zugang zum Internet.

In den Entwicklungsländern gibt es mehr Familien, die ein Mobiltelefon besitzen, als solche, die über Strom und eine richtige Toilette verfügen. Doch was sind die Chancen und Gefahren des Netzes, insbesondere der sozialen Medien?

Text: Luca Beti



Bis vor kurzem war in Myanmar die einzige Informationsquelle diejenige der Militärdiktatur. Heute halten sich Millionen Menschen durch das Internet auf dem Laufenden. Nur zwei Jahre nach dem Wahlsieg von Aung San Suu Kyi im November 2015 und der Einführung des Internets ergaben Schätzungen, dass über 20 Prozent der Bevölkerung bereits Internetanschluss hat. Das ist, verglichen mit anderen Ländern, eine sehr kurze Zeit. In den USA dauerte es sieben Jahre bis zu diesem Prozentsatz,

in Indien und in der Schweiz etwa fünf Jahre. Es war eine digitale Revolution für das kleine, über Jahrzehnte vom Rest der Welt abgeschnittene Land. Besorgniserregend dabei ist jedoch die Verbreitung von Hassbotschaften: Die Inhalte werden von der Bevölkerung für bare Münze genommen, einer Bevölkerung, die nach fünfzig Jahren Militärherrschaft erst lernen muss, mit verschiedenen Informationsquellen umzugehen.

Der Arabische Frühling von 2010/2011 mit den Grossdemonstrationen auf dem Tahrir-Platz in Kairo wird im Nachhinein gelegentlich auch als «Facebook-Revolution» bezeichnet.

© Scout Tufankjian/Polaris/laif

«Die Einführung des Smartphones hat Entwicklungsländern geholfen, einige Etappen wie das Fixtelefon oder die Kommunikation via Computer zu überspringen», sagt Anita Gohdes, Assistenzprofessorin für internationale Beziehungen an der Universität Zürich. «Eine solche Entwicklung beinhaltet sowohl positive wie negative Aspekte. Zu Letzteren gehört die Schwierigkeit, die Unmengen an Informationen auf dem Web richtig einzuordnen. Das ist sowohl im Westen als auch in Afrika und in Asien ein Problem mit Auswirkungen, die wir noch nicht abschätzen können.»

Gewalt im Netz

So liest man beispielsweise regelmässig von Lynchjustiz an Unschuldigen, deren einziger Fehler es war, zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen zu sein. Das ist unter anderem fünf Männern eines nordindischen Dorfes passiert. Sie waren an einem Sonntag gerade aus einem Bus ausgestiegen, als sie von einer wütenden Menschenmenge angegriffen und umgebracht wurden. Die Männer wurden verdächtigt, Kinder geraubt zu haben. Ein Fake-Video auf WhatsApp hatte dies so suggeriert. WhatsApp wird von über 200 Millionen Indern genutzt. Die sozialen Medien spielten auch eine entscheidende Rolle im humanitären Drama der muslimischen Minderheit der Rohingya in Myanmar. Facebook wurde dazu genutzt, Gewaltaktionen gegenüber ihnen anzustacheln.

Wer ist schuld an solchen Hexenjagen? Niemand fühlt sich wirklich verantwortlich für dieses beunruhigende Phänomen. Facebook hat erst kürzlich Massnahmen ergriffen, um Nachrichten, die über seine Kanäle verbreitet werden, zu filtern. «Ich glaube nicht, dass das Problem mittels künstlicher Intelligenz lösbar ist, wie das Mark Zuckerberg behauptet. Es braucht lokale Mediatoren, die sofort intervenieren können und vor allem die Ausbreitung von Fake News blockieren können», sagt auch Anita Gohdes. «Ausserdem muss

man die Medienkompetenz der Leute stärken, um eine grosse Lücke in der digitalen Alphabetisierung in den Entwicklungsländern zu schliessen.»

Die Möglichkeiten der sozialen Medien

Die digitale Alphabetisierung darf jedoch nicht nur die Gefahren des Internet sehen, sondern auch dessen Vorteile berücksichtigen. «Die neuen Kommunikationsmittel eröffnen neue Möglichkeiten, insbesondere im Bereich der Information und der Mitbeteiligung der Bürger an öffentlichen politischen und gesellschaftlichen Diskursen», sagt Corinne Huser, Fachexpertin für Demokratisierung, Dezentralisierung und lokale Regierungsführung bei der DEZA. «Insbesondere in autoritär regierten Staaten können soziale Medien den Zugang zu alternativen und ausgewogenen Informationen anbieten». Veranschaulicht hat dies der Arabische Frühling, der Protestbewegung, die einige Regime in Nordafrika gestürzt hat. Die Aktivisten im Web demonstrierten die Macht der sozialen Medien als Instrument, welches eine von der Regierung nicht kontrollierbare öffentliche Meinung ermöglichte. «Inzwischen kennen auch Regime die Möglichkeiten der neuen Technologien», erinnert Anita Gohdes. «Auf den Philippinen hat Rodrigo Duterte aus Facebook eine effiziente Waffe gemacht, um seine politischen Gegner zu diskreditieren und niederzumachen.»

Die sozialen Medien tragen jedoch auch enorme Datenmengen zusammen, die den internationalen Organisationen nützen. Eine Zusammenarbeit von Twitter und dem UNO-Programm zur Aids-Bekämpfung ermöglichte es, die Wirkung einer Antidiskriminierungskampagne zugunsten von Trägern des HI-Virus in Brasilien zu prüfen. Facebook wiederum kann auch ein wertvoller Verbündeter für humanitäre Organisationen bei Katastrophen sein. Die von den Nutzern gelieferten Daten und Informationen helfen, Einsätze

und Hilfeleistungen zu koordinieren. Auch hat das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge über Facebook eine Gegeninformationskampagne mit dem Titel «Telling the Real Story» gestartet. Darin erzählen Menschen aus der somalischen und eritreischen Diaspora ihre Geschichte, um den falschen Versprechen der Schlepper auf den sozialen Medien etwas entgegenzuhalten.

Die Mobiltelefonie und mit ihr die sozialen Medien dienen ausserdem der Armutsbekämpfung und helfen, marginalisierte Personengruppen in den weniger entwickelten Ländern zu integrieren. «Frauenemanzipation geschieht ebenfalls durch die digitale Technologie», sagt Stephanie Borg Psaila von der DiploFoundation, einer maltesisch-schweizerischen Stiftung. «In Bangladesch wurden 15000 private Unternehmen gegründet, welche die Frauen von zuhause aus betreiben können. Sie erlauben ihnen, sich zu vernetzen und mit Kunden in Kontakt zu treten sowie Werbung für ihre Produkte zu machen.» ■

NETZNEUTRALITÄT

Die Netzneutralität ist ein Prinzip, gemäss welchem die Lieferanten des Internetzugangs nicht einzelne Inhalte gegenüber anderen bevorzugen dürfen, indem sie beispielsweise den Zugang zu einer Website gegenüber einer anderen beschleunigen. 2014 lancierte Facebook in verschiedenen Entwicklungsländern die App «Free Basics», die den Anwenderinnen und Anwendern Gratiszugang zu einer Handvoll Online-Diensten ermöglicht. Diese Strategie, einen Markt in rascher Expansion zu erobern, nannten einige Kritiker «digitalen Kolonialismus», weil er die Netzneutralität und die Informationsfreiheit verletze. Befürworter halten dem entgegen, dass dies allen, also auch mittellosen Nutzern erlaube, die Möglichkeiten des Internets anzuwenden. In Indien und Ägypten wurde «Free Basics» verboten.

Carte Blanche

JEDER SCHRITT EIN RISIKO

Auf einen Besuch bei der Afghan Film Organisation (AFO) in Kabul habe ich wirklich absolut keine Lust. Leider lässt mir meine Arbeit keine Wahl. Immer wieder muss ich mich in die «grüne Zone» begeben, das diplomatische Quartier von Kabul, auch «Shash Darak» genannt.

Zwei Wege führen dorthin. Der eine ist gesperrt, seit im Mai 2017 eine grosse Lastwagenbombe in der Nähe der deutschen Botschaft explodierte. Der andere führt nahe an der amerikanischen Botschaft vorbei, doch der Geheimdienst verbietet Autofahrern, von dieser Seite in das diplomatische Quartier zu fahren. Also muss man das Auto vor der

grünen Zone abstellen und zu Fuss die zwanzig Minuten bis zum AFO-Gebäude zurücklegen. Die Strassen sind schmal,

«ICH STELLE MIR DIE GESICHTER DER BESITZER VOR, WIE SIE GOTT UM HILFE BITTEN, AUS DIESER HÖLLE ZU ENTKOMMEN.»

Trottoirs gibt es nicht. Dafür rattert alle paar Minuten eine Panzerkolonne der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe ISAF, die im Quartier ihren Sitz hat, vorbei. Hat man die Panzer vorbeigelassen, kommen die Armee- und Polizeifahrzeuge. Sie fahren wie die Verrückten, laut hupend als Warnung, dass man ihnen nicht in die Quere kommt. Die Polizisten sitzen hinten auf der Ladefläche, die Gewehre im Anschlag. Ihnen folgen die ISAF-Helikopter, die riesige Staubwolken aufwirbeln. Man kommt sich vor wie im Krieg, direkt an der Front. Die grüne Zone ist nicht «grün», sie ist rot – blutig. Terroristenangriffe und Explosionen gehören schon fast zur Tagesordnung.

Die Hausbesitzer in Shash Darak tun mir leid. Sie bleiben ihr Leben lang auf ihren Immobilien sitzen, weil sie diese weder verkaufen noch vermieten können. Obwohl ich bei jedem Schritt Angst habe, muss ich lachen, wenn ich die grossen Zu-Vermieten-Schilder sehe. Ich stelle mir die Gesichter der Besitzer vor, wie sie Gott um Hilfe bitten, aus dieser Hölle zu entkommen. Ganz absurd wird es, wenn ich an die Ausländer denke, die hier leben, weil ihnen gesagt wurde, dass die grüne Zone international und sehr sicher sei. Ich finde es schade, wenn diese Leute Afghanistan verlassen (falls sie nicht schon vorher bei einem Angriff

ums Leben kommen) und nur Shash Darak kennen, denn dieses Quartier hat nichts mit Kabul selber zu tun.

Jedes Mal, wenn ich zur AFO muss, habe ich das Gefühl, auf dem Weg dorthin zehn Kilo abzunehmen. In diesen zwanzig Minuten hasse ich die Kultur, hasse meinen Job und mich selbst.

PS: Kürzlich hatte Präsident Ashraf Qani die tolle Idee, die AFO zu schliessen. Er liess das Archiv in den Präsidentenpalast bringen und verkaufte das Gebäude an die britische Botschaft in Kabul. Auf der Rangliste «World Thinkers 2013» der britischen Zeitschrift «Prospect» lag Ashraf Qani auf Platz zwei. Diese Einschätzung sorgte bei seinen Kritikern für viel Aufruhr. Nur ihm konnte es in den Sinn kommen, die einzige Filmorganisation des Landes zu schliessen, statt diese zu fördern und zu modernisieren, damit sie auf dem neuesten Stand ist, um das Kino zu einem wirkungsvollen Instrument für Veränderungen zu machen. «Prospect» sollte ihn das nächste Mal auf Platz eins setzen. ■



© Jessam Brooks

SHAHRBANOO SADAT ist Drehbuchautorin, Produzentin und Regisseurin aus Kabul, Afghanistan. Ihr Erstling «Wolf and Sheep» gewann 2016 den Art Cinema Award an der Quinzaine des Réalisateurs der Internationalen Filmfestspiele von Cannes. Im Jahr 2013 gründete sie in Kabul ihre eigene Filmproduktionsgesellschaft, die «Wolf Pictures». Momentan arbeitet die 27-Jährige an einem grossen Filmprojekt: fünf Spielfilme, basierend auf dem unveröffentlichten Tagebuch ihres besten Freundes Anwar Hashimi. «Wolf and Sheep» ist der erste Teil dieser Filmreihe, der zweite «The Orphanage» wird 2018 gedreht. In der Schweiz wurde «Wolf and Sheep» 2016 vom Filmverleih Trigon in die Kinos gebracht.

FILMEN MIT BEDECKTEM KOPF UND WACHEM GEIST

Irans Filmschaffen brilliert mit Autoren wie Asghar Farhadi, Jafar Panahi, Mani Haghighi, Mohammad Rasoulof oder Shahram Mokri. Das iranische Kino präsentiert sich denn auch vielfältiger und lebendiger denn je, ist inhaltlich kühn und formal innovativ wie an wenigen Orten der Welt.

Text: Walter Ruggie



1

Einen iranischen Film kann man daran erkennen, dass alle weiblichen Figuren eine Kopfbedeckung tragen. Seit 1979 sind Frauen gesetzlich verpflichtet, in der Öffentlichkeit alle Körperteile außer Hände, Füße und Gesicht bedeckt zu halten. Das gilt selbst für das Bild einer Frau, das öffentlich gezeigt wird. Auch wenn eine moderne iranische Frau nie im Leben auf die Idee käme, mit Kopfbedeckung zu kochen – in einer Spielfilmhandlung muss sie mit Kopftuch am Herd stehen. Das wirkt befremdlich und führt dazu, dass sich ein gewichtiger Teil des Alltags im iranischen Kino nicht authentisch spiegeln lässt. Im Iran existieren eigentlich zwei Welten: Eine öffentliche und eine private. Die Erstere muss den strengen Vorgaben der religiösen Männerdoktrin folgen, die Letztere steht dieser diametral entgegen und sucht die Freiheit, von der das Individuum träumt. Es gibt viele, die sagen: Das wirkliche Leben im Iran spielt sich im Privaten ab.

Kreativ, wie Filmschaffende sein sollten, haben sie einen spielerischen Umgang mit dem Gesetz entwickelt und verwenden kecke Wollmützen statt Tücher. In «Malaria» von Parviz Shahbazi wirft die Protagonistin in der freien Natur den Schal während einem Filmschwenk im Dialog erzählend weg. Von den jüngsten Arbeiten ist das die intensivste Betrachtung des Bedürfnisses nach Befreiung vom religiösen Fundamentalismus, der das Denkschema vorgeben möchte. Der

Film spielt mit den Handy-Aufnahmen einer Frau, die einmal von einer Journalistin gefragt wird, was sie als junger Mensch zur Verbesserung der Aufrichtigkeit in der Gesellschaft vorschlagen würde, und angewiesen wird zu sagen: «Als junger Mensch hat jeder von uns eine Rolle zu spielen in der Gesellschaft. Wenn ich etwas Gutes mache, steigt das Mass an Aufrichtigkeit.» Die junge Frau weigert sich und meint: «Wenn Sie Ihre Frage aufrichtig stellen würden, könnte ich Ihnen sagen, was ich denke.»

Damit wären wir mitten im iranischen

fache Oscar-Preisträger Asghar Farhadi («About Elly», «A Separation»): «Nein, aber vergessen Sie nicht, ich bin im Iran geboren und aufgewachsen, da lernt man aufzupassen und Mittel dafür zu finden, was man realisieren will.» Sein Landsmann Mohammad Rasoulof («A Man of Integrity»), der zeitweise mit Berufsverbot und Ausreisesperre belegt war, empfindet die Existenz einer Zensurbehörde als wenig beflügelnd: «Es wird oft gesagt, dass Begegnungen mit der Zensur und die Einschränkungen zu mehr Kreativität beim Künstler führen. Doch das ist nicht immer wahr.

und liess mehr als 125 Säle niederbrennen. Opfer nahm man in Kauf: Allein beim Brandanschlag durch Geistliche 1978 aufs Kino Rex in Abadan sind 430 Menschen ums Leben gekommen. Man darf bezweifeln, dass sich die Religionsführer heute über die weltweiten Erfolge ihrer nationalen Filmemacher freuen. Selbst ein einzelner Freitagsbeter kann erwirken, dass ein Kassenknüller aus den Programmen genommen wird, weil er – Monate nach dem Start – gehört hat, dass es im Film um so etwas Verwerfliches wie die Liebe gehe.



Filmschaffen, das zum spannendsten weltweit gehört, und dies auch, weil ein jeder Filmschaffender, der etwas zu sagen hat und etwas sagen möchte, sich sehr genau überlegen muss, was er sagt und wie er es sagt, damit er seine Aufrichtigkeit nicht aufs Spiel setzt. Auf die Frage, ob er mit Zensur konfrontiert gewesen sei, meint der zwei-

Irgendwann erreicht man einen Sättigungspunkt, der den Künstler zur Verzweiflung treiben kann.»

Die Religionsführer mögen das Kino nicht, können ihm aber wenig anhaben, weil es im Land viel zu beliebt ist. Ayatollah Khomeini hatte die Kinos als «Zentren der Prostitution» bezeichnet

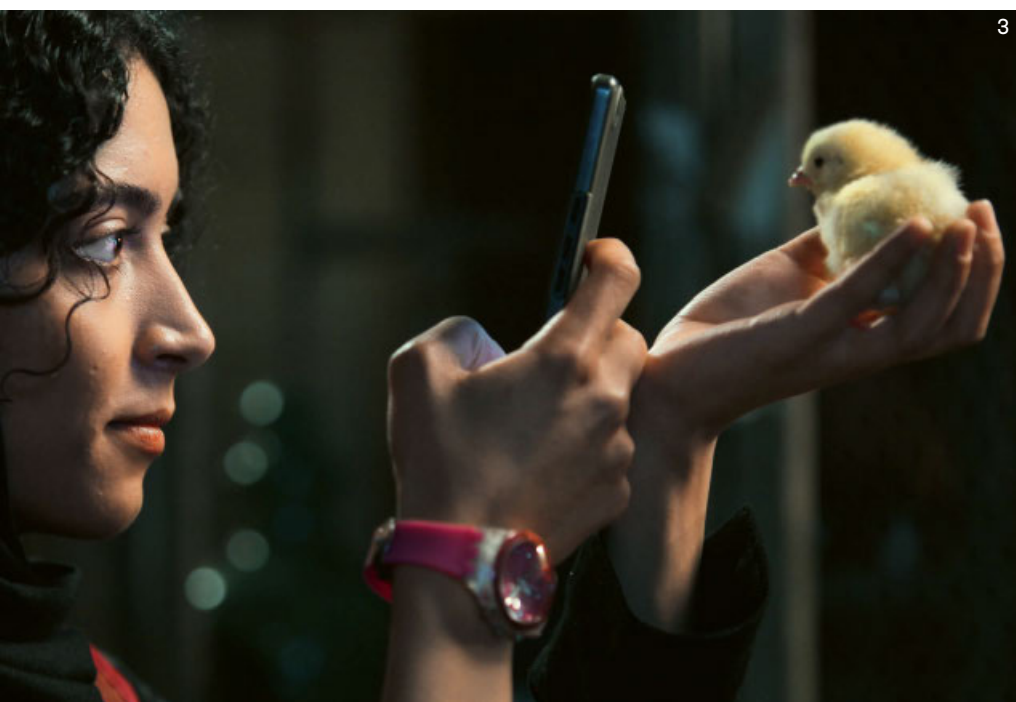
War das iranische Kino während Jahren ein eher bedächtiges Medium, einer eigenen Art von beschaulichem Realismus verpflichtet, war es stark mitunter im Bereich der Kinderfilme, so verblüfft es heute in seiner Vielfalt. Verbreitet sind Beziehungsgeschichten, die meist in Wohnungen spielen und eher theatral anmuten. Daneben wer-

den die Möglichkeiten des Kinos genutzt und genussvoll ausgereizt von Leuten wie Mani Haghighi, dessen Spielfilm «Khook» an der Berlinale lief und der schon mit «Modest Reception» und «A Dragon Arrives!» ernsthaft zu unterhalten verstand. Er sagt, es gebe Menschen, die felsenfest daran glauben, «dass sie die Wahrheit erreicht haben und sie kennen. Und wenn du ihnen nicht

hängigen Filmschaffens, im fahrenden Auto, wo es keine Bewilligung braucht. Für den so gedrehten «Taxi Tehran» erhielt er in Absentia den Goldenen Bären von Berlin, vier Jahre nachdem Asghar Farhadi ihn für sein packendes Beziehungsdrama «A Separation» geholt hatte. Panahi darf nach wie vor nicht ausreisen, Farhadi hat inzwischen Filme im Westen gedreht, denen

lichen in einer Szenerie der Bedrohungen, und Mokri meint, das Konzept, das heute am verbreitetsten sei im Iran, wäre das der Drohung: «Alle Generationen drohen einander. Auch die Ideologen selber drohen einander wechselseitig.»

Taraneh Alidoosti, eine der bekanntesten Schauspielerinnen im Iran, stellt zum unabhängigen Filmschaffen in ihrer Heimat fest: «Wir sind wie eine grosse Familie». Das sieht man auch, wenn man die Credits der Filme betrachtet. Sie hat mit Ashghar Farhadi gearbeitet und etwa in «About Elly» gespielt, in dem auch Mani Haghighi eine Rolle verkörpert, nachdem er für Farhadis grossartigen «Fireworks Wednesday» das Drehbuch verfasst hatte. «Mir ist es wichtig», sagt Alidoosti, «dass die Leute dableiben, die Stellung halten und trotz aller Schwierigkeiten versuchen, es immer besser und besser zu machen.» Das machen sie, wir können uns auf weitere bewegende Filme aus dem Iran freuen. Zusammen mit Parviz Shahbazi, der in «Malaria» Szenen gemeinsam erlebter Freude eingebaut hat und sagt: «Mir scheint, dass die iranische Gesellschaft nie ein stärkeres Bedürfnis nach Freude hatte.» ■



3

© trigon-film

zustimmst, dann stimmt etwas nicht mit dir, du musst berichtigt, bestraft und diszipliniert werden.» Haghighi ist überzeugt, dass die Beschränkungen eine sehr vitale und lebendige Szene geschaffen haben, denn «im Iran kannst du keinen Film machen, ausser wenn du es wirklich, wirklich willst. Wenn du nicht dafür stirbst, einen Film zu machen, ist es beinahe unmöglich, es zu tun.»

Einer, der viel aufs Spiel setzt, ist Jafar Panahi. Mit 20 Jahren Berufsverbot belegt, hat er weltweit Solidaritätsbekundungen erwirkt und es geschafft, weiterhin Filme zu drehen. Zunächst mit Handy in der eigenen Wohnung, wo er einen Film beschreibt, den er machen will («This is not a film»), später an einem bevorzugten Drehort des unab-

das erzählerische Potenzial zwar noch innewohnt, die aber irgendwie entwurzelt wirken, wie die späten im Westen gedrehten Filme von Abbas Kiarostami. 2011 hatte Farhadi selbst gesagt: «Man ist in seinem eigenen Land mit Sicherheit der bessere Filmemacher.»

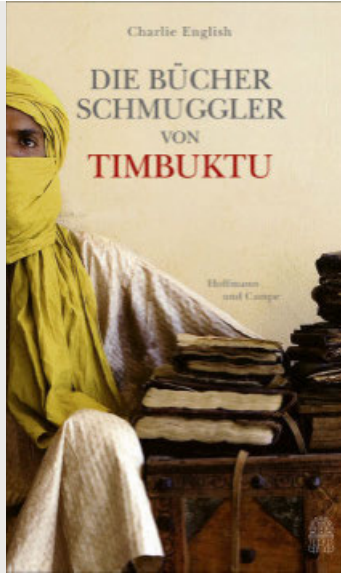
Danach gefragt, wie man im Iran denn Filmemacher werde, meint der junge Shahram Mokri: «Es gibt zwei Wege. Man dreht auf eigene Faust Kurzfilme, oder man arbeitet als Assistent bei einem Regisseur.» Mokri ist ein Filmfreak, der seinen Spielfilm «Fish & Cat» in einer einzigen Einstellung gedreht hat: «Ich frage mich sehr intensiv, was wir heute im Kino machen können, damit es einen Schritt weiter geht und wir die Schrift des Kinos entwickeln können.» Sein Film spielt unter Jugend-

Walter Ruggle ist Publizist und Direktor der Stiftung trigon-film, die sich seit 30 Jahren für das Kino des Südens und des Ostens engagiert.

1. «About Elly» (2009)
von Asghar Farhadi

2. «A Dragon arrives!» (2016)
von Mani Haghighi

3. «Malaria - The Vibes of Tehran» (2016)
von Parviz Shahbazi



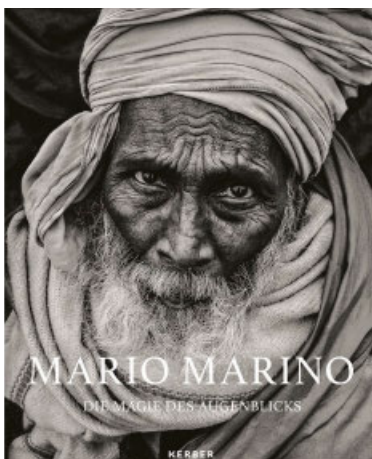
MEISTERHAFT ZITREISE NACH TIMBUKTU

(bf) Um die malische Wüstenstadt Timbuktu ranken sich unzählige Legenden. Sie soll einst so reich gewesen sein, dass angeblich sogar die Sklaven Goldschmuck trugen. Tatsache ist, dass die abgelegene Stadt am Niger einen ganz besonderen Schatz beherbergt: eine der grössten Bibliotheken mittelalterlicher Schriften. Als jedoch 2012 die Stadt in die Hände von Al-Qaida-Islamisten fällt, droht die Vernichtung dieser Bücher. Doch eine Gruppe von Bibliothekaren und Archivaren schmuggelt die Bücher unter Lebensgefahr aus der Stadt. Der britische Autor Charlie English erlebte diese Zeit als Auslandredaktor der Tageszeitung «Guardian» mit und bekam so auch die unglaubliche Geschichte rund um «Die Bücher schmuggler von Timbuktu» mit. Sie packte ihn so fest, dass er kurzerhand seinen Job kündigte, um darüber ein Buch zu schreiben. Herausgekommen ist ein ebenso grossartiges Geschichtsbuch wie spannender Abenteuerroman: English erzählt nämlich in wechselnder Folge einerseits die Suche und Entdeckung der Stadt Timbuktu durch Europäer, und andererseits schildert er die Geschehnisse rund um die abenteuerliche Rettung der alten Manuskripte.

«Die Bücherschmuggler von Timbuktu» von Charlie English, Hoffmann und Campe Verlag 2018

BÜCHER

INDISCHE PORTRAITS



(bf) Auf seinen Reisen zwischen 2013 und 2016 durch Europa, Afrika, Kuba, Indien, Nepal und Mexiko portraitierte der österreichische Fotograf Mario Marino immer wieder Menschen. Nun hat er 164 Portraitfotografien aus Indien in dem beeindruckenden Bildband «Die Magie des Augenblicks» zusammengefasst. Die ausdrucksstarken Bilder zeugen vom Interesse und der Empathie des Fotografen. Mit einfachen Mitteln und natürlichem Licht erreicht er eine unmittelbare Eindringlichkeit in seinen Motiven. In ihrer bestechenden Einfachheit und Reduktion entfalten die Motive eine enorme Kraft – sei es, wenn er einen Barbier im Khari Baoli-Markt in Delhi bei seiner Arbeit, einen Kamelreiter in der Thar-Wüste oder einen Fischer in Varanasi fotografiert.

«Mario Marino – Die Magie des Augenblicks»; Kerber Verlag 2018

BRÜLENDE UND SÄUSELNDE SÄTZE

(bf) Das «Tram 83» ist der einzige Nachtclub einer heruntergekommenen afrikanischen Grossstadt. Verlierer und Gewinner, Profiteure und Prostituierte, Ex-Kindersoldaten und Studentinnen, sie alle treffen in dieser Höhle aufeinander, um zu essen, zu tanzen, sich zu betrinken und sich zu vergessen. Hier treffen sich auch zwei ungleiche Freunde wieder: Der Schriftsteller Lucien und Requiem, der sich durch das Leben gaunert. «Tram 83» ist der erste Roman des 1981 in der Demokratischen Republik Kongo geborenen Fiston Mwanza Mujila. Die Jury, die den Roman mit dem 9. Internationalen Literaturpreis für übersetzte Gegenwartsliteratur ausgezeichnet hat, begründet ihre Entscheidung folgendermassen: «Es ist der radikale Bericht postkolonialen afrikanischen Lebens in einer auf unermesslichen Bodenschätzen brodelnden Stadt. Fiston Mwanza Mujila skandiert, brüllt, säuselt die Sätze über den Alltag in einer von Gewalt beherrschten Männergesellschaft mit radikalem Furor und erzählt nebenbei die Geschichte eines Chefgauners und die der unwahrscheinlichen Rettung eines todgeweihten Dichters.»

«Tram 83» von Fiston Mwanza Mujila, Unionsverlag Zürich 2018

MENSCHENRECHTE I

(bf) 70 Jahre sind es her, seit die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) genehmigt und verkündet hat (siehe auch Dossier in dieser Nummer). Doch die Menschenrechte stehen seit einigen Jahren vermehrt unter Druck: Autokraten und Diktatoren sind global auf dem Vormarsch, und in der Schweiz droht mittels Volksinitiative der SVP die Aufkündigung der Völkerrechtsverträge, denen die AEMR zugrunde liegt. Im Buch «Menschenrechte weiterschreiben» interpretieren nun 30 Schweizer Autorinnen und Autoren aus allen Sprachregionen – von Ruth Schweikert über Noëlle Revaz bis zu Alberto Nessi und Leo Tuor – je einen der 30 Artikel der Menschenrechtserklärung literarisch. Diese Auseinandersetzungen mit den Menschenrechten sollen Anregung und Ausgangspunkte für eine Debatte über die Bedeutung der AEMR sein und deren Wichtigkeit in den Fokus rücken. Amnesty International ergänzt die 30 Texte mit eigenen Texten zur Situation der Menschenrechte in der Schweiz. «Menschenrechte weiterschreiben», Svenja Herrmann und Ulrike Ulrich (Hrsg.), Salis Verlag Zürich 2018

MENSCHENRECHTE II

(bf) Kaum ein politisches Programm kommt dieser Tage ohne den Hinweis aus, der gesellschaftliche Zusammenhalt müsse gestärkt werden. Dies nicht zuletzt unter dem Eindruck der aktuellen Flüchtlingsdebatte. Vermehrt wird dabei die Frage nach einem neuen Gesellschaftsvertrag gestellt, bei dem drei Aspekte im Vordergrund stehen: die politische Durchsetzung von Menschenrechten als eine moderne Errungenschaft der Geschichte; die soziale Unterfütterung dieses rechtlichen Schutzes durch uralte kulturelle Werte wie Empathie und Solidarität; und drittens ein Kanon von Regeln des fairen und respektvollen Zusammenlebens unter Einheimischen und Zugewanderten. Für diesen Kanon, der jenseits kultureller Differenzen als gemeinsame Verpflichtung anerkannt wird, schlägt die Literatur- und Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann – sie erhielt zusammen mit ihrem Ehemann Jan Assmann den Friedenspreis des deutschen Buchhandels 2018 – den Begriff der «Menschenpflichten» vor und legt diese in einem Buch dar. *«Menschenrechte und Menschenpflichten» von Aleida Assmann, Picus Verlag Wien, 2018*

WIE ENTSTEHT TERRORISMUS?

(bf) Die Khurana-Brüder schlendern zusammen mit ihrem Schulkameraden Mansoor Ahmed über einen gut besuchten Markt in Delhi. Ohne Vorwarnung kommt es zur Katastrophe: Neben ihnen explodiert eine Bombe – eine der vielen «kleinen» Bomben, die von der Welt kaum beachtet werden – und reisst die Khurana Brüder in den Tod. Mansoor überlebt, doch der Anschlag hinterlässt Spuren an Körper und Seele. Nach einem kurzen Aufenthalt an einer amerikanischen Universität kehrt Mansoor nach Delhi zurück, wo seine Suche nach einem Platz im Leben immer radikalere Formen annimmt. Der indische Schriftsteller Karan Mahajan portraitiert in seinem Roman «In Gesellschaft kleiner Bomben» schonungslos, beunruhigend, spannend und glaubwürdig einen Bombenanschlag und stellt damit die gängigen Bilder des Terrors auf den Kopf. Er seziert die Ängste und Beweggründe der Terroristen ebenso scharfsinnig und mitfühlend wie das Leid der Opfer des Anschlags und deren Angehörigen. *«In Gesellschaft kleiner Bomben» von Karan Mahajan, CultureBooks Verlag, Hamburg 2017*

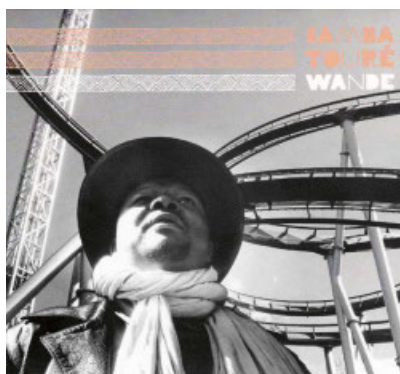
UNTERDRÜCKTE UIGUREN

(bf) Im Nordwesten Chinas liegt die Provinz Xinjiang, wo knapp die Hälfte der Bevölkerung Uiguren sind. Ausser-

dem leben dort Han-Chinesen, Kasachen, Kirgisen, Tadschiken und Mongolen. Seit Jahrhunderten ist die Region geostatisch bedeutsam und wird aufgerieben zwischen unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Machtansprüchen, die neuerdings mit den Plänen für eine neue Seidenstrasse an Bedeutung gewinnen. Vor dem Hintergrund der politischen Unruhen im Xinjiang und dem Widerstand der Uigurinnen und Uiguren, erzählt die Sino- und Asienkennerin Alice Grünfelder in ihrem ersten Roman die Geschichte der zwei Frauen Roxana und Linda, welche versuchen, Licht in unerklärliche Ereignisse rund um Attentate, verschwundene Menschen und Entführungen zu bringen. *«Die Wüstengängerin» von Alice Grünfelder, Verlag Edition 8 Zürich 2018*

MUSIK

PURER DESERTBLUES



(er) Da verweben sich wunderschöne Gitarrenharmonien zu wogenden, leicht melancholischen Klangbildern, ohne tontechnische Nachbearbeitung und kaum Studiobeimischungen. Diese originale, schlichte und frische Transparenz entwickelt eine zeitlose und faszinierend meditative Stimmung. Dazu tragen behutsame Bassläufe, klangvolle Spuren der drei- oder viersaitig gezupften Langhals-Spiesslaute Ngoni, helle Akzente der einsaitigen westafrikanischen Violine Sokou, sanfte Calabash- und Talking-Rhythmen bei. Das ist die musikalische Sprache des 50-jährigen Ausnahmegitarristen Samba Touré, der als Nachfolger seines 2006 verstorbenen Mentors Ali Farka Touré gilt. In seinem grandiosen achten Album «Wande», Titel des betörend dahingleitenden Liebeslieds für seine Frau, ersehnt er sich in Songhai und mit warmer Stimme eine friedvolle Welt und Gleichberechtigung für alle, ein konfliktfreies Mali, und dass seine Landsleute nicht emigrieren, sondern in der Heimat ihr Glück suchen. Fazit: engagiert und doch leicht – Desertblues pur, wie er in der ganzen Welt geliebt wird! *Samba Touré: «Wande» (Glitterbeat/Indigo)*

HINREISSENDE SESSION

(er) Auch dieses Jahr präsentierte das Paléo-Festival in Nyon mit «Havanna meets Kingston» ein aussergewöhnliches Projekt aus dem karibischen Musikkosmos. Aufhorchen lässt das entsprechende Album. Zu Recht: 15 Tracks dokumentieren ein gelungenes Date von Rumba mit Jazz, von Salsa mit Reggae, von Son mit Dub. Die Vitalität der Musik von zwei benachbarten Inseln, das kubanische «Baila Habana» und die jamaikanische Rasta-Philosophie mögen sich! Brilliant entfalten sich dabei die stiltypischen Couleurs von Pianos, Percussions, Blasinstrumenten und Bässen zu einem faszinierenden Groove von wummerndem Riddim und virtuosem Swing. Mit traditionellen Hits und neuen Songs schmeichelt sich dazu ausdrucksstarker Männergesang, in Spanisch oder Patois, in die Ohren. Initiant des hörenswerten Projekts ist der australische Produzent Jake Savano. Mit dabei sind mehr als 50 Musiker, darunter Ikonen wie Sly & Robbie oder Ernest Ranglin, Buena Vista Social Club-Musiker Rolando Luna, aber auch weniger bekannte Talente. Fazit: eine hinreissende Session. *Various: «Havanna meets Kingston» (Baco Records/Broken Silence)*

AUFRÜTTELNDES VERMÄCHTNIS



(er) Sie bleibt die populärste palästinensische Songschreiberin, Komponistin und Friedensaktivistin. Im März 2018 starb die 51-jährige Sängerin Rim Banna am Krebsleiden, das bereits 2009 diagnostiziert worden war und sechs Jahre später zur allmählichen Lähmung ihrer Stimmbänder geführt hatte. Noch im Januar 2018 beendete sie die Aufnahmen ihres unvergleichlichen 13. Albums «Voice of Resistance». Die medizinischen Daten ihrer eigenen Röntgen- und Tomografie-Bilder wandelt das arabische Avantgarde-Musiker-Kollektiv Checkpoint 303 in mal pulsierenden und dann wieder dahinstrebenden oder -schwebenden Elektrosound um, in den der norwegische Jazzler Bugge Wesseltoft melodisch perlende Pianotöne setzt. Über diesen, trotz den ernstesten Umständen

nicht schwermütigen Klängen, rezitiert Rim Banna mit leicht brüchiger Stimme, hautnah oder verhallend, eigene arabische Gedichte (engl. Übersetzungen im Booklet). Wunderbar poetisch-zärtlich und auch trotzig-kämpferisch skizziert sie ihr Befinden bis hin zur Feststellung «...meine Stimme spritzt aus meinen Poren...». Es ist ein aufrüttelndes Vermächtnis.
Rim Banna: «Voice of Resistance» (Kirkelig Kulturverksted/Indigo)

FILME

DER FALL MUBENDE



(dg) Der Film «Der Fall Mubende» dokumentiert einen Fall von Landgrabbing in Uganda: Über 2000 Menschen, die seit Generationen als Kleinbauern in einer fruchtbaren Region im Südwesten Ugandas lebten, wurden im Jahr 2001 vertrieben, um einer Kaffeeplantage Platz zu machen, die zu einem Hamburger Kaffeekonzern gehört. Die Vertriebenen strebten ein Gerichtsverfahren an und erhielten nach zwölf Jahren juristischem Ringen eine Entschädigung von elf Millionen Euro zugesprochen – doch bis heute verzögert der Konzern die Zahlung. Der solide gemachte, investigative Film zeigt Zusammenhänge zwischen globalisierter Wirtschaft und Menschenrechten auf und appelliert an die Sorgfaltspflicht von multinationalen Konzernen. Verschiedene Perspektiven unterschiedlicher Akteure ergeben eine differenzierte Darstellung, der juristische Teilerfolg zeigt die Wirkung von Widerstand.
«Der Fall Mubende», Dokumentarfilm von Michael Enger, Deutschland 2015, als DVD oder online Video on Demand; éducation21, Tel. 031 321 00 22, www.filmeeinewelt.ch

VERSCHIEDENES

JAHRESKONFERENZEN 2019

Für alle Interessierten, bitte reservieren: Die Jahreskonferenz der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit findet am 21. Juni 2019 im Forum Fribourg statt, die Jahrestagung Humanitäre Hilfe und SKH am 29. März 2019 im Kursaal Bern.

EDA-SPEZIALISTEN KOMMEN ZU IHNEN

Möchten Sie sich aus erster Hand über die schweizerische Aussenpolitik infor-

mieren? Referentinnen und Referenten des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA) stehen Schulklassen, Verbänden und Institutionen für Vorträge und Diskussionen zu zahlreichen aussenpolitischen Themen zur Verfügung. Der Vortragsdienst ist kostenlos, kann seine Dienstleistungen jedoch nur innerhalb der Schweiz anbieten, und es sollten mindestens 30 Personen an der Veranstaltung teilnehmen. Informationen: Vortragservice, *Information EDA, Bundeshaus West, 3003 Bern; Tel. 058 462 31 53, Mail: vortragservice@eda.admin.ch*

AUS- UND WEITERBILDUNG

NACHDIPLOME

Das Nadel (Nachdiplomstudium für Entwicklungsländer) der ETH Zürich bietet im Frühjahrssemester 2019 folgende Weiterbildungskurse an: Planung und Monitoring von Projekten (25.2.-1.3.)

M4P – Making Markets Work for the Poor (4.3.-8.3.)

Urbanization: Opportunity or Challenge for Fighting Poverty? (27.3.-29.3.)

Towards Food and Nutrition Security (1.4.-5.4.)

Finanzmanagement von Projekten (9.4.-12.4.)

Aktuelle Entwicklungsdebatte – Die Frage der Politikkohärenz (8.5.-10.5.)
Corporate Responsibility and Development (13.5.-17.5.)

Evaluation von Projekten (20.5.-24.5.)
Auskunft und Anmeldung: www.nadel.ethz.ch

IMPRESSUM

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Manuel Sager (verantwortlich)
George Farago (Gesamtkoordination)
Beat Felber, Maryline Dafflon,
Barbara Hell, Isabelle Kaufmann,
Marie-Noëlle Paccolat, Anja Prodöhl,
Özgür Ünal

Redaktion

Beat Felber (Produktion)
Luca Beti (fb), Samuel Schläfli (sch),
Zélie Schaller (zs), Christian Zeier (cz)
Ernst Rieben (er)

Grafisches Konzept

Visuelle Kommunikation EDA

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie und Druck

Stämpfli AG, Bern

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht

Abonnemente und Adressänderungen

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: Information EDA, Bundeshaus West, 3003 Bern
E-Mail: deza@eda.admin.ch
Tel. 058 462 44 12
Fax 058 464 90 47
Internet: www.deza.admin.ch

860215346

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage: 47400

Titelseite: Grenzzaun zwischen den USA und Mexiko; Robert King/Polaris/laif

ISSN 1661-1667

FERNSUCHT



Über den Bildrand hinaus

Ashley Moponda ist Fotografin und lebt in Lausanne. Im Fokus ihres jüngsten Projekts «Black Love» steht die Liebe eines Paares, das in der Schweiz einer Minderheit angehört.

Die afrikanische Gemeinschaft wird auch heute noch oft stereotypisch wahrgenommen und ist wenig sichtbar. Als Spezialistin von schwarzer und vermischter Schönheit will ich ein anderes Bild von Afrika vermitteln – genau wie in den senegalesischen Filmen, in denen man Jugendliche mit Smartphones sieht, die studieren und reisen. Meine Fotos geben der ethnischen Vielfalt ein Gesicht und stellen jene ins Rampenlicht, die sonst im Schatten bleiben. Meine doppelte Kultur – Schweizerin und Kongolesin – stellte ein wahrer Schatz dar. Die Liebe, Offenheit und Kommunikationsfreude der Kongolesinnen und Kongolesen inspirieren mein Werk. Genauso wie die allgegenwärtige Musik der Provinz Nieder-Kongo, wo mein Vater herkommt – beispielsweise das Stück «N'songi N'samba» der Gruppe Akwe Dituka. Die folkloristischen, tanzenden Rhythmen, getrieben von der Gitarre, einem Bass, Perkussion und Schellen, lassen mich ganz zu mir selbst kommen. Sie motivieren mich zu meiner Arbeit und bringen mich weiter. Wir sind alle gleich: Menschliche Wesen, die gemeinsam vorankommen müssen.

(Aufgezeichnet von Zélie Schaller)

«Das Schlimmste bei meiner Arbeit ist, in die Augen sehr mächtiger Menschen schauen zu müssen, von denen ich genau weiss, dass sie die Menschenrechte systematisch verletzen.»

Mohammad Musa Mahmodi, Seite 8

«Wir sind eine Generation, in der alle gegen uns sind. Die Kirche, die uns sagt: Unsere alte Religion ist nicht mehr gut; die Schule, in der nur von der Unterentwicklung unserer Heimat gesprochen wird; die Gesellschaft, von der wir hören, dass das Land im Dreck steckt.»

Kamal Radji, Seite 23

«Inzwischen kennen auch Regime die Möglichkeiten der neuen Technologien.»

Anita Gohdes, Seite 36